

Regionalbanken: Forscher warnt vor Ertragsschwäche. Seite 14

Journalismus: Reporterin deckt Mafia-Aktivitäten auf. Seite 25

Königin der Milch: Milchkontor mit neuer Botschafterin. Seite 46



Rivalen der Stromkonzerne

Bundesregierung will Bürgerchancen beschneiden

Eisbrecher-Kampagne verlängert bis zum 21.03.2014



Ein Unternehmen der WGZ BANK-Gruppe

Jetzt sichern!
Zinsvorteil für Ihre Immobilienfinanzierung noch bis zum 28.02.2014.

„Ein Haus im Grünen.“

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.
Wir machen den Weg frei.

Bieten Sie langfristige Zinssicherheit mit attraktiven Konditionen. Für Darlehen mit **20-jähriger Zinsbindungsfrist** und einer **Mindesttilgung von 2 % p. a.** erhalten Ihre Kunden einen **Zinsabschlag von 0,15 %**. So erfüllt sich schon bald der Traum vom **„Haus im Grünen“**.

Nutzen Sie auch unsere Vertriebsunterstützung:

- **Plakat DIN-A1, -A2**
- **Banner und Content für Ihre Website**
- **Werbung für Ihre SB-Geräte**
- **Spot für Ihr Infotainment-System**
- **Thekendisplay, PR-Text, Give Away**

Testen Sie unsere Leistungsfähigkeit! Sprechen Sie mit Ihrem Regionaldirektor. WL BANK Münster | Berlin | Düsseldorf | München

Hauptsitz:

Sentmaringer Weg 1, 48151 Münster
Tel. 0251 4905-0, Fax 0251 4905-5555

Repräsentanz Düsseldorf:

Ludwig-Erhard-Allee 20
40227 Düsseldorf
Tel. 0211 210942-0
Fax 0211 210942-5792
info@wlbank.de, www.wlbank.de,
www.vr-bankenportal.de

Hilfe! „NRW zahlt Bayerns Ökostrom“



Liebe Leserin, lieber Leser, es war der FAZ eine Überschrift wert: Die durch das EEG ausgelösten Zahlungsströme fließen aus NRW nach Norden und Süden. Und da den Nordrhein-Westfalen der Schleswig-Holsteiner offensichtlich näher steht als der Bayer, brachte der hiesige Wirtschaftsminister die Empörung auf den Punkt: Mieter im Ruhrgebiet zahlen bayerischen Hausbesitzern die Einspeisevergütung. Von Entsolidarisierung ist die Rede. Selbst die Vorsitzende des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) ruft unter diesem Stichwort den Klassenkampf aus.

Passend zur Gesetzesnovellierung liefert der BDEW die aufregenden Zahlen: 2013 hat NRW die Energiewende mit 2,9 Milliarden Euro bezuschusst. Das sind nicht ganz die 3,5 Milliarden Euro, mit denen der Steinkohlebergbau zwischen 1997 und 2006 jährlich gefördert wurde. Damals waren die Zeiten besser: Bayerische

Hausbesitzer finanzierten nordrhein-westfälische Mieter. Zum Bürgerkrieg wird es aber dank Groko wohl nicht kommen. Der Bundeswirtschaftsminister hat seine Pläne auf den Tisch gelegt. Offshore- statt Onshore-Wind, zentrale Erzeugung statt dezentrale, Großkonzerne statt Genossenschaften und keine Konkurrenz mehr durch Verbrauch von selbst erzeugtem Strom. Das wäre das zusammengefasste Ergebnis der Novellierung. Alles super: Das Geschäftsmodell der Konzerne funktioniert wieder dank staatlicher Regulierung, der nordrhein-westfälische Mieter finanziert die Renditen und die Wertschöpfung geht raus aus der Region. Ein tolles Ergebnis, das mir aus der Bankenwelt bekannt vorkommt.

Die GB-Redaktion wünscht Ihnen eine spannende Lektüre unserer Ausgabe 1/2014 mit dem Themenschwerpunkt „Energie“.

Ihr
Asmus Schütt

Inhalt



5 Enttäuschte Genossenschaften: Interview mit RWGV-Chef Ralf W. Barkey



8 Erfolgreiche Energiegenossenschaften



25 Die Mafia in Rheinland und Westfalen: Interview mit Journalistin Petra Reski

Das Thema Energie

Landtagsanhörung:	
Energiewende mit Bürgerprojekten	4
Gabriel-Papier: Stefan Dobelke und Johannes Lackmann im Gespräch	6
Politiker-Statements zu den Energieplänen der Großen Koalition	10
Energiemanagement: Interview mit iNeG-Chef Partetzke	12

Das Thema Regionalbanken

Ertragsrückgang bei Regionalbanken	14
Die Nolte-Studie: Geno-Banker nehmen Stellung	16
Vorteile für Großbanken: Im Gespräch mit OECD-Volkswirt Schich	18
Kleine Banken stärken: Statement von RWGV-Chef Barkey	21

Hintergrund & Analyse

Wissenschaft und Praxis im Gespräch	22
-------------------------------------	----

RWGV intern

Neujahrstreffen der Bankleiter	23
Marketing- und Vertriebsforum startet im Mai	23
WKGT Revisionsunion wächst	24
Spende für Delitzsch-Museum	29

Aus dem Verbund

Nobelpreisträger bei Union Investment	30
WGZ BANK-Preis für Bildung	33

Banken

Bundespreise Sterne des Sports	34
Volksbanken und die Grünen im Gespräch	36

Landwirtschaft

Ausgezeichnete Mosellandweine	40
Weyerbuscher Gespräche	41

Gewerbe

Beste Arbeitgeber: DEG und NOWEDA	42
Meldungen	43

Namen und Nachrichten

44

Impressum

45

Zu guter Letzt

46



46 Die neue DMK-Milchkönigin – Eine Majestät, die anpackt

Energiewende durch Bürger stärken

Der RWGV und drei seiner Mitglieder fordern in der NRW-Landtagsanhörung Unterstützung für Bürgerenergieprojekte



Foto: Martin Meissner

Energiegenossenschaften wollen inhaltliche und wirtschaftliche Verantwortung übernehmen (v. links): Kathrin Gehles, Energieagentur NRW, RWGV-Bereichsleiter Bruno Simmler und Timo Nurai, Vorstandsvorsitzender von Die BürgerEnergie eG.

Düsseldorf. Die inhaltliche Marschroute war eindeutig: Bürgerenergiegenossenschaften sind in erster Linie daran interessiert, inmitten der Energiewende inhaltliche und wirtschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Entsprechend deutlich fiel auch die Stellungnahme des RWGVs anlässlich einer Anhörung am 12. Februar im Wirtschaftsausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags aus. Das Thema: „Energiewende durch Bürger stärken – Bürgerenergieprojekte fördern statt verhindern.“

Auch die im Verband organisierten Mitglieder Energiegenossenschaft Lieberhausen, Die BürgerEnergie (Dortmund) und WestfalenWIND wurden gehört. Sie teilen die Überzeugung, dass Genossenschaften nicht als reine Kapitalsammelstellen gegründet werden dürfen. In enger Kooperation auch mit der Bundesgeschäftsstelle für Energiegenossenschaften im DGRV hatte der RWGV deshalb einen umfangreichen Fragenkatalog beantwortet. Hier einige Inhalte:

Wie hoch ist insgesamt das Interesse in der Bevölkerung an einer Beteiligung an Bürgerenergieprojekten?

Das Interesse der Menschen, sich an Bürgerenergieprojekten zu beteiligen, ist sehr hoch. Allein in genossenschaftlich organisierten Energieprojekten sind bereits mehr als 160.000 Menschen engagiert, mit sehr hohen Wachstumsraten. Innerhalb eines Jahres sind die Mitgliederzahlen in Energiegenossenschaften um rund 70 Prozent gestiegen.

Wie aufgeschlossen sind Kommunen derzeit gegenüber Bürgerenergieprojekten?

Das Interesse von Kommunen an Bürgerenergieprojekten ist seit Jahren vorhanden. An 52 RWGV-Energiegenossenschaften sind Kommunen oder kommunale Unternehmen beteiligt.

In jüngster Zeit versuchen Kommunen zunehmend, die Genehmigung von Windkraftprojekten an eine echte Bürgerbeteiligung in Form einer Energiegenossenschaft zu koppeln. Sie haben verstanden, dass dies zum einen die Akzeptanz derartiger Projekte vor Ort erhöht und andererseits tatsächliche Wertschöpfungsvorteile vor Ort durch Steuereinnahmen, Beschäftigung und Stärkung lokaler Unternehmen generiert. Problematisch ist für Kommunen teilweise eine sehr beschränkte Sicht der kommunalen Aufsichtsbehörden, denen jede „wirtschaftliche Betätigung“ angezeigt werden muss. Trotz einer finanziell sehr geringen Beteiligung

von 500 oder 1.000 Euro werden zum Teil übertriebene Anforderungen für eine Zustimmung gefordert. So soll die eG den Jahresabschluss nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften aufstellen und prüfen lassen. Das bringt schnell zusätzliche Kosten von einigen Tausend Euro jährlich.

Welche Hilfestellung kann das Land leisten beziehungsweise wo muss die Landesregierung noch nacharbeiten?

Für das Land gelten dieselben Hinweise wie für die Kommunen. Zusätzlich kann das Land über die Förderprogramme der NRW.BANK Hilfestellungen leisten. Diese Hilfestellungen betreffen zum einen die Finanzierung von Machbarkeitsstudien, die Fragen des Umweltrechts und der technischen Parameter abklären. Dies ist für Bürgerprojekte nur sehr schwer vorzufinanzieren. Hier wäre eine Finanzierung über das Land und eine Gegenfinanzierung durch die Erträge aus erfolgreich umgesetzten Projekten denkbar (solidarische Finanzierung). Damit würde der Vorteil von Projektgesellschaften und Großkonzernen, die über das Gesetz der großen Zahl die Vorleistungen auch für nicht umgesetzte Projekte finanzieren, ausgeglichen. Denkbar wäre es außerdem, dass die NRW.BANK genossenschaftstaugliche Eigenkapitalinstrumente wie zum Beispiel die investierende Mitgliedschaft in ihr Programm aufnimmt.



Der Link zu allen Stellungnahmen der Anhörung.

Ralf Bröker

Enttäuschte Genossenschaften

Interview mit Ralf W. Barkey, Vorstandsvorsitzender des RWGVs, zu den Plänen der Bundesregierung zur EEG-Novellierung

Herr Barkey, die Pläne des Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel zur EEG-Novellierung enttäuschen viele Energiegenossenschaften. Was hatten sich diese erhofft?

Barkey: Im RWGV existieren rund 100 Energiegenossenschaften mit mehr als 20.000 Mitgliedern. 2012 erzeugten diese 32 Millionen Kilowattstunden Ökostrom und sparten so über 22 Millionen Kilogramm Kohlendioxid ein. Viele von ihnen planten zusätzliche Investitionen. Kurzfristdenken bei der Flächenvergabe durch die Kommunen und bei Eigenverbrauchsregelungen, die Genossenschaften diskriminieren, stehen aber diesen Investitionen entgegen.

Erhofft hatten sich die Genossenschaften insbesondere Regeln, die es ihnen und ihren Mitgliedern ermöglichen würden, ihren selbst erzeugten Strom zu nutzen und so Strom günstiger zu beziehen. Daher haben die Energiegenossenschaften stets eine Novellierung des EEGs gefordert und sich für mehr Wettbewerb und Struktureutralität eingesetzt. Die Hoffnungen sind enttäuscht worden.

Was kritisieren denn die Genossenschaften besonders?

Barkey: Die vorliegenden Entwürfe schaffen Rahmenbedingungen, die Bürgerenergiegenossenschaften systematisch benachteiligen. Das widerspricht dem Koalitionsvertrag, in dem noch von einer breiten Bürgerbeteiligung die Rede war. Insbesondere kritisieren die Genossenschaften, dass der Eigenverbrauch unattraktiv wird. Hinzu kommen Pläne, Stromerzeuger von 2017 an ab einer erzeugten Strommenge von 100 kW zu einer Direktstromvermarktung zu verpflichten. Das ist für Genossenschaften nicht zu leisten. Das gilt auch für den bürokratischen und finanziellen Aufwand für die Beteiligung an den vorgesehenen Ausschreibungen zur Förderhöhe von Windkraftanlagen. Insgesamt sind die Pläne völlig ungeeig-

net, einen echten Wettbewerb auf dem Energiemarkt zu erzeugen.

Welche Auswirkungen haben Bürgerenergieprojekte im Vergleich zu Energieprojekten von auswärtigen Investoren auf die kommunale Wertschöpfung?

Barkey: Energiegenossenschaften stärken regionale Wirtschaftskreisläufe auf vielfältige Weise. Im Sinne des alten Raiffeisen-Leitspruchs „Das Geld des Dorfes dem Dorfe“ verbleibt das investierte Kapital in der Region. So werden in der Regel lokale Handwerksbetriebe mit der Installation und Wartung der Anlagen beauftragt. Finanzierung und Versicherung werden häufig über regionale Genossenschaftsbanken abgewickelt. Und nicht zuletzt profitiert die Kommune – anders als bei Projekten auswärtiger Investoren – auch unmittelbar von der anfallenden Gewerbesteuer und Pachteinnahmen.

Wie können Bürgerenergieprojekte durch die anstehende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes unterstützt werden?

Barkey: Zentral ist, dass die Marktintegration durch Eigenverbrauch und lokale Direktvermarktung gestärkt und vorangebracht wird.

Rentable Windenergieerzeugung im Binnenland darf gegenüber anderen Standorten nicht schlechtergestellt werden und benötigt stabile Vergütungssätze und Eigenverbrauchsregeln. Außerdem sind die im Kabinettschluss vorgelegten Regelungen zur Vertrauensschutzregelung unter Berücksichtigung der Investitionsvorläufe und der finanziellen Vorleistungen für Windenergieprojekte an Land inakzeptabel. Hier bedarf es angemessener Übergangsregelungen.

Und es muss gewährleistet sein, dass durch Ausschreibungen die Umsetzung von Erneuerbare-Energien-Projekten durch Energiegenossenschaften nicht ausge-

schlossen wird.

Wie bewerten Sie die Aussage von Energieminister Garrelt Duin am 22. Oktober 2013 in der Wirtschaftswoche: „Die energetische Eigenversorgung ist eine Form von Entsolidarisierung, die die Politik beschränken muss“?

Barkey: Der Vorwurf der Entsolidarisierung wird in der Politik gerne gebraucht,



Ralf W. Barkey, Vorstandsvorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverbandes

wenn die Argumentation auf einer dünnen Basis steht. Der RWGV vermag nicht zu erkennen, wie eine EEG-Novellierung, die insbesondere den Interessen von Großkonzernen und ihren Aktionären dient, ein Akt der Solidarisierung ist.

Das Gegenteil ist der Fall: Die Optionen für bürgerliche Selbsthilfe und Eigenverantwortung werden deutlich eingeschränkt. Der Garant für niedrige Energiekosten und damit sozialverträgliche Kostenstrukturen ist die Genossenschaft, die den Strom und die Wärme, die ihre Mitglieder brauchen, selbst erzeugt. Aktiengesellschaften, die nach dem Gesetz den Interessen ihrer Aktionäre dienen müssen, sind sicherlich ungeeignet, Solidarität mit den Verbrauchern zu üben.

Asmus Schütt

Energiegenossenschaften bleiben interessant

Stefan Dobelke und Johannes Lackmann nehmen Stellung zum Gabriel-Papier



Stefan Dobelke, Vorstand der Gesellschaft für Stromwirtschaft

Sie kommen aus zwei unterschiedlichen Interessensgruppen: Stefan Dobelke vertritt als Vorstand der Gesellschaft für Stromwirtschaft eG (GfSt) die Interessen der stromintensiven Industrie. Er kritisiert im Interview mit dem Genossenschaftsblatt die in Berlin geplante EEG-Umlagepflicht für Eigenerzeuger als „Verstoß gegen den Vertrauensschutz“. Johannes Lackmann war viele Jahre im Vorstand der Bundesverbände WindEnergie und Erneuerbare Energien. Als Mitgründer der BürgerWIND Westfalen eG und Geschäftsführer von WestfalenWIND nennt er das Marktprämienmodell aus dem Bundeswirtschaftsministerium „irrsinnig“.

Herr Lackmann und Herr Dobelke, was sind eigentlich Ihre Kriterien für die Auswahl Ihres privaten Stromanbieters?

Dobelke: Die gleichen wie auch für unsere Mitglieder: Ein seriöser und zuverlässiger Anbieter, faire und transparente Vertragsbedingungen und zuletzt der Preis.

Lackmann: Nachhaltigkeit ist für mich

das wichtigste Kriterium. Daher kommt für mich nur ein Anbieter mit 100 Prozent Strom aus Erneuerbaren Energiequellen in Betracht. Wichtig ist dabei, dass es sich um Strom handelt, der tatsächlich in unser Netz eingespeist wird. Leider wird das von vielen Anbietern unterlaufen, indem diese Kohlestrom mit ausländischen Grünstromzertifikaten zum Preis von 0,1 ct/kWh in Grünstrom umetikettieren. Da der Anteil der Stromkosten an den gesamten Energiekosten im Privatsektor nur 21 Prozent beträgt, sollte der Grünstrompreis mindestens im Privatsektor kein Handicap sein.

Bundeswirtschafts- und Energieminister Gabriel macht sich Gedanken um die private Stromversorgung und ihre Kosten. Geht die Bundesregierung in Sachen EEG in die richtige Richtung?

Dobelke: In Teilen: ja. Wir müssen die Erneuerbaren Energien viel stärker in den Markt integrieren. Bei einem Anteil von fast einem Viertel der Stromerzeugung sind die Erneuerbaren längst nicht mehr das zarte Pflänzchen, zu dessen Schutz das EEG einmal gedacht war. Die Erzeuger von EE-Strom müssen über Preissignale erfahren, wann Strom gebraucht wird und wann nicht. Aber dafür gibt es in der aktuellen Kabinettsvorlage leider nur einen Prüfauftrag.

Im Anhang dieser Vorlage steht allerdings auch, dass bestehende Eigenerzeugungsanlagen zukünftig einen Teil der EEG-Umlage zahlen sollen. Dieser Verstoß gegen den Vertrauensschutz ist völlig unakzeptabel.

Lackmann: Es ist richtig, dass Gabriel im Unterschied zu seinen Vorgängern im Umweltressort und im Unterschied zu seiner eigenen Zeit als Umweltminister jetzt stärker auf Kosteneffizienz in der Energiewende setzen will. Wenn die Vergütung für Strom aus Windenergie an Land an die Kostenentwicklung angepasst wird und auf durchschnittlich unter 9 ct/kWh gesenkt wird, ist das ok. Es ist aber erkennbar, dass er dennoch die nächsten milliardenteuren Fehler machen will: Wenn er

die Windenergie auf See mit über 20 ct/kWh noch stärker fördern will als bisher, was allein industriepolitisch begründet wird, ist es nicht hinnehmbar, für die Industrieförderung an der Küste die Stromverbraucher zur Kasse zu bitten.

Gabriel sagt, er setze verstärkt auf Marktmechanismen, um Preissteigerungen zu dämpfen. Ist das möglich, ohne den Ausbau von Energieproduktion in Bürgerhand unmöglich zu machen?

Dobelke: Nach den jetzigen Plänen kommt der Markt mit einer langen Anlaufphase. Die Erzeuger haben die Chance, sich an die veränderten Bedingungen anzupassen. Und warum sollten die Energiegenossenschaften darin schlechter sein als andere Eigentümer? Wenn wir die Energiewende schaffen wollen, kommen wir um die Marktintegration nicht herum.

Lackmann: Gabriel will das irrsinnige Marktprämienmodell zur Pflicht machen. Außer beim Namen hat das Modell leider nichts mit Markt und Wettbewerb zu tun. Es zwingt die Vermarktung auf den einzigen Weg, Strom an der Resterampe der Strombörse (Spotmarkt) zu niedrigsten Preisen verramschen zu müssen. Der Ausgleich führt zu hohen EEG-Umlagen für die Stromkunden, während die Ramschpreise bei den Verbrauchern nicht ankommen.

Den Vorschlag der Branche, einen Wettbewerb um den besten Vermarktungsweg zu eröffnen und den EE-Strom direkt an die Stromhändler zu geben, hat Gabriel leider nicht aufgegriffen. Damit werden gerade die dezentralen, genossenschaftlichen Stromvertriebsmodelle plattgemacht, die es schaffen, Grünen Strom subventionsfrei zu vermarkten.

Mit der Absage an Eigenverbrauchsmöglichkeiten stirbt die Idee der genossenschaftlichen Selbsthilfe bei der Erzeugung des eigenen Stroms. Wer profitiert hiervon?

Dobelke: Hier sind Energiegenossenschaften und Industrie gleichermaßen

> betroffen. Ausgenommen sind nur die typischen privaten Solaranlagen auf dem Dach. Sie werden unter die Bagatellgrenze fallen. Für die Industriekunden sind die neuen Regelungen für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und die Kuppelgasnutzung eine Katastrophe. Viele dieser Anlagen werden schon heute an der Wirtschaftlichkeitsgrenze betrieben. Sollen sie in Zukunft mit 70 Prozent der Umlage belastet werden, wird der von der Bundesregierung ausdrücklich gewollte Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung abgewürgt. Mit Blick auf den Klimaschutz ist das absolut unvernünftig. Profitieren werden grundsätzlich alle, die die Umlage zahlen müssen, da die Strommenge, auf die die Kosten umgelegt werden, größer wird.

Lackmann: Wenn der Eigenverbrauch beschränkt wird, geht der Weg nur über Netze und Strombörse. Nutznießer sind die Netzbetreiber und die Braunkohlestromerzeuger, die ihren Strom vorab kontinuierlich am Terminmarkt verkauft haben und den Spotmarkt nur als Puffer für Schwankungen in Angebot und Nachfrage nutzen.

Energieintensive Industrie prägt Westfalen und Rheinland. Erneuerbare Energien kommen vor allem aus dem Norden. Ist die Landesregierung gut beraten, in dieser Gemengelage stärker auf Kohleverstromung zu setzen?

Dobelke: Solange noch keine wirtschaftliche Möglichkeit existiert, überschüssige Energie aus Erneuerbaren über Wochen und Monate zu speichern, werden wir konventionelle Kraftwerke brauchen. Nachdem die Kernkraft planmäßig ausläuft, bleiben dafür nur Gas und Kohle übrig. Die Landesregierung von NRW ist daher gut beraten, gerade vor dem Hintergrund eines hohen Strombedarfs in der Region mit Blick auf eine ausfallsichere Versorgung, genügend konventionelle Kraftwerkskapazitäten in der Nähe zu haben. Alle Netzausfallsimulationen bestätigen das.

Lackmann: Kohlekraftwerke sind in der Investition etwa auf gleicher Preisstufe mit Windkraft und PV-Stromerzeugung. In den Betriebskosten sind Wind und PV erheblich billiger, weil sie keine Primärenergie zukaufen müssen. Ich fürchte daher, dass jetzt gebaute neue Kohlekraftwerke auf Dauer nicht ohne staat-

liche Subventionen auskommen werden. Sie rechnen sich schon im Moment nur, weil die Emissionshandelszertifikate verschenkt werden. Das heißt, dass sie von Beginn an subventioniert werden, indem sie von ihren Umweltfolgekosten befreit sind.

Auch die Argumentation mit höheren Wirkungsgraden neuer Kraftwerke führt in die Irre: Ein neues Kohlekraftwerk mit 45 Prozent Wirkungsgrad emittiert in 40 Jahren Betriebsdauer mehr Schadstoffe als ein bestehendes Kraftwerk mit 32 Prozent Wirkungsgrad, das im Rahmen der Energiewende in 15 Jahren stillgelegt werden kann.

Eigenverbrauch wird unattraktiv für Stromproduzenten. Die Förderung von Solar- und Windstrom wird drastisch zurückgefahren. Lohnt es sich noch, Energiegenossenschaften zu gründen?

Dobelke: Leider kann ich nicht mit konkreten Wirtschaftlichkeitsrechnungen dienen. Ich bin aber überzeugt, dass -



Johannes Lackmann, Geschäftsführer von WestfalenWIND

gleich unter welchen Randbedingungen - Energiegenossenschaften immer Vorteile gegenüber institutionellen Anlegern und börsennotierten Stromanbietern haben: ihre Renditeerwartung ist geringer und das Engagement ist höher, weil die Mitglieder vor Ort sind und damit eine lokale

Verbindung existiert.

Lackmann: Energiegenossenschaften zur Finanzierung und zum Betrieb von Erzeugungsanlagen bleiben unabhängig vom eigenen Direktvertrieb interessante Unternehmensformen. Und nur wenn es viele solcher Unternehmen gibt, werden diese genügendes politisches Gewicht in die Waagschale werfen, um der GroKo wieder einen Rahmen für die eigene Vermarktung abzutrotzen.

Halten Sie die Genossenschaftsidee eigentlich für eine gute Basis bei der Erweiterung der Stromnetze?

Dobelke: Eine interessante Frage. Vom Grundsatz wäre es durchaus vorstellbar, dass die Netznutzer ihr Netz in einer Genossenschaft selbst betreiben. In der Praxis ist das aus zwei Gründen sehr unwahrscheinlich. Der Netzbetrieb ist ein in hohem Maß geregeltes Geschäft, das eine Menge Spezialkenntnisse erfordert. Da braucht man schon eine entsprechende Größe, um wirtschaftlich arbeiten zu können. Zweitens haben die bestehenden Netzbetreiber eine Pflicht, Neukunden anzuschließen. Woher sollte also ein neuer Netzbetreiber Kunden bekommen?

Lackmann: Der Netzausbau hinkt dem Bedarf in Deutschland um mindestens zehn Jahre hinterher. Nicht nur in Norddeutschland gibt es Probleme. Seit 2013 ist nicht einmal Westnetz im Stromverbrauchsland NRW in der Lage, den Solar- und Windstrom kontinuierlich zu transportieren. Wenn man diese trägen Strukturen bei den Netzbetreibern um genossenschaftliche Finanzierungsformen erweitern würde, wäre damit nichts gewonnen. Genossenschaften als selbstständige Betreiber neuer oder übernommener Netze - das könnte ich mir gut vorstellen.

Wann haben Sie das letzte Mal Ihren privaten Stromanbieter gewechselt?

Dobelke: Im letzten Sommer. Meinen Strom liefert ein Stadtwerk, aber nicht das in meiner Stadt.

Lackmann: Das war 1999 beim Wechsel zur Naturstrom AG Düsseldorf.

Ralf Bröker

Energiegenossenschaft Lieberhausen: Mit Herzblut dabei

Lieberhausen. „Viele Dinge entwickeln sich in einer Energiegenossenschaft, die man so nicht geplant hat.“ Bernd Rosenbauer, im Hauptberuf Förster, ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender und mit Herzblut dabei, lehnt am elf Meter langen Multistar L3-L der Firma Komptech. Die 320.000 Euro teure Sternsiebmaschine trennt die Holzhackschnitzel in die Korngrößen Fein-Mittel und Grob. Die Investition war notwendig. „Nur so erreichen wir die immer gleichbleibend definierte hohe Qualität, die unsere Kunden verlangen“, erklärt Rosenbauer.

2001 startete die Energiegenossenschaft in Lieberhausen bei Gummersbach mit dem Holzhackschnitzel-Heizwerk. Schnell gelang es Bernd Rosenbauer und seinem engagierten Team, die meisten der heute 110 Haushalte mit Heizwärme und Warmwasser zu versorgen. Kein Wunder: Spart doch jede Familie so rund 800 Euro im Jahr. Hinzu kommt der Schutz der Umwelt. Im Gegensatz zu den Energieträgern Öl, Gas oder Kohle verfügt Holz als nachwachsender Rohstoff über eine ausgeglichene CO₂-

Bilanz. So werden in Lieberhausen jährlich rund 1.200 Tonnen CO₂ eingespart.

Auf diesen Erfolgen ruhten sich die Mitglieder der Genossenschaft nicht aus. Diversifikation lautete das Ziel. Als Förster weiß Bernd Rosenbauer um den Wert des Holzes aus den vielen Wäldern im Bergischen Land. Also widmet sich die Genossenschaft seit einigen Jahren dem Vertrieb von Holzhackschnitzeln und Brennholz. Auch hier gilt: Zuverlässigkeit ist die beste Werbung. Inzwischen macht dieses Geschäft einen ganz erheblichen Teil des Umsatzes aus.

Als nächster Schritt ist der Einstieg in die Eigenstromversorgung geplant. Schon jetzt gibt es auf den Dächern der Genossenschaftsgebäude sowie auf dem Dach des benachbarten Schützenheimes eine 50,4-kWp-Photovoltaikanlage. Dieser Ökostrom geht ins allgemeine Netz. Die jederzeit sichere Stromversorgung des Dorfes und des Holzheizwerkes soll künftig eine eigene, modular aufgebaute Holzvergaser-Heizanlage übernehmen.



Foto: Working Image/Peter Hildebrand

Mit Herz und Seele dabei: Bernd Rosenbauer, Vorsitzender der Energiegenossenschaft Lieberhausen.

Die Genossenschaft setzt bei diesem Projekt auf die Kooperation mit dem örtlichen Netzbetreiber, die AggerEnergie.

Klaus Schliek

Energiegenossenschaft beflügelt interkommunale Zusammenarbeit



Foto: Rainer Stephan

Gemeinsames Engagement für die Energiewende (v. links): Jörg Horstkötter (Vorstand Volksbank Delbrück-Hövelhof und Vorstandsvorsitzender Bürger-Energiegenossenschaft), Bürgermeister Werner Peitz (Stadt Delbrück), Josef Köckerling (Vorstand Volksbank Westenholz und Aufsichtsratsvorsitzender Energiegenossenschaft), Bürgermeister Michael Berens (Gemeinde Hövelhof) und Andreas Joachim (Prokurist Volksbank Delbrück-Hövelhof und Vorstand Energiegenossenschaft)

Delbrück/Hövelhof. Nur etwa zehn Kilometer oder zehn Autominuten liegen die Stadt Delbrück und die Gemeinde Hövelhof (beide Kreis Paderborn) auseinander. Über viele Jahre und Jahrzehnte trauten sich die Bewohner der beiden Kommunen dennoch mitunter nicht über den Weg, bestimmte Konkurrenzdenken das Verhältnis untereinander. Das ist jetzt anders. Nach Volksbankfusion und Gründung einer gemeinsamen Energiegenossenschaft sitzt man heute mehr denn je in einem Boot.

Misstrauisch betrachteten die selbstbewussten und wirtschaftsstarken Delbrücker in den 70er- und 80er-Jahren, wie es der Nachbargemeinde an der A 33 gelang, attraktive und reichlich Steuern zahlende Gewerbebetriebe neu anzusiedeln. Doch im Zeichen des zusammenwachsenden Europas rücken auch Delbrück und Hövelhof enger zusammen. Eine Vorreiterrolle haben hier die beiden Volksbanken übernommen: Im Jahr 2004 verschmolzen die Kreditgenossenschaften

> hüben und drüben zu einem Institut.

Sieben Jahre später waren es wieder die Volksbanken, die ein neues Kapitel interkommunaler Zusammenarbeit aufschlugen: Auf Initiative der seinerzeit drei Institute Delbrück-Hövelhof, Westerloh-Westerwiehe und Westenholz gründete sich unter Beteiligung beider Kommunen die „Energie-Bürger-Genossenschaft Delbrück-Hövelhof eG“. Unter ihrem Dach arbeiten heute die Volksbanken Delbrück-Hövelhof und Westenholz eng zusammen mit Spitzenvertretern aus beiden Kommunalverwaltungen. Das gemeinsame Ziel: die Organisation der Energiewende auf regionaler Ebene.

Aktuell betreibt die Genossenschaft elf Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von zusammen 392 kWp. Investitionen in Höhe von rund 1,1 Millionen Euro flossen dadurch in die Region. Im Jahr 2013 wurden durch die Kraft der Sonne 353.000 Kilowattstunden Strom und damit der jährliche Energiebedarf für rund 85 Einfamilienhäuser umweltneutral erzeugt. Gern würde die Genossenschaft, der aktuell 70 Mitglieder angehören, weitere Anlagen in Delbrück und Hövelhof installieren. „Nach Reduzierung der öffentlichen Förderung haben wir jedoch vorläufig neue Investitionen gestoppt“, erläutert Vorstands-

vorsitzender Jörg Horstkötter, zugleich Vorstandsmitglied bei der Volksbank Delbrück-Hövelhof. Für die Zusammenarbeit der Nachbarkommunen Delbrück und Hövelhof hat die Energiegenossenschaft gleichwohl schon jetzt viel Positives bewirkt. „Die Genossenschaft bietet Vorteile für alle Seiten“, sagt Delbrücks Bürgermeister Werner Peitz. Und Amtskollege Michael Berens aus Hövelhof fügt hinzu: „Das ist ein Musterbeispiel für private und kommunale Zusammenarbeit.“

Rainer Stephan

Energiegenossenschaft eegon setzt auf Sonne, Wind und Wasser

Wiesbaum. Sie haben ein gemeinsames Ziel: Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in der Eifel. Das haben sich die Mitglieder der Eifel Energiegenossenschaft, kurz eegon, auf die Fahne geschrieben. Vor über vier Jahren ist die Genossenschaft aus Wiesbaum in der Vulkaneifel gestartet. Mit Erfolg. 14 Photovoltaikanlagen sind heute am Netz. Von Anfang an hat die Genossenschaft, die eine der mitgliederstärksten in Rheinland-Pfalz ist, eine außergewöhnliche Dynamik an den Tag gelegt: Los ging es auf dem Dach der Fahrzeug- und Salzlagerhallen des Blankenheimer Bauhofs mit zwei Modulfeldern, deren Stromproduktion bei 50.500 Kilowattstunden pro Jahr liegen. Kurz darauf folgten Solaranlagen auf den Dächern von Schulen und Bürgerhäusern, einem Kindergarten und dem Feuerwehrgerätehaus in Helenthal.

Aber die eegon konzentriert sich nicht nur auf Sonnenenergie. Seit rund einem Jahr beteiligt sich die Genossenschaft an einem Windpark bei Trierweiler. Auch Wasserkraft soll erschlossen werden. Die Vorstandsmitglieder Volker Pressel und Johannes Pinn: „Wir haben eine Arbeitsgruppe, die sich mit Wasserkraft beschäftigt. Da ein Fluss immer in Bewegung ist, ist die Quelle für Energie sozusagen unerschöpflich.“

Der Strom fließt in Mengen: 2012 lag der Ertrag bei über 365.000 Kilowattstunden.



Der ehemalige Ministerpräsident Kurt Beck (rechts) und Elmar Schmitz (links), Vorstandsvorsitzender der Volksbank RheinAhrEifel, überreichten den „Zukunftspreis Heimat“ an den Vorstand der eegon Johannes Pinn.

„Durch diesen klimaneutral erzeugten Strom konnte der Ausstoß von 237 Tonnen CO₂ vermieden werden“, sagt Pressel. Gut für die Eifel. Gut für die Mitglieder, die sich 2012 über eine Dividende von vier Prozent freuen durften. Unter den rund 440 Mitgliedern sind Bürger, Firmen, Sparkassen, Kommunen und Genossenschaftsbanken: die VR Bank Nordeifel, die Volksbank Eifel Mitte und die Volksbank RheinAhrEifel.

Für ihr Engagement heimsten die Genossenschaftler bereits Lob vom ehema-

ligen rheinland-pfälzischen Landesvater ein: Ministerpräsident Kurt Beck zeichnete die eegon mit dem „Zukunftspreis Heimat“ der Volksbank RheinAhrEifel aus. Das Konzept „Energie, Wertschöpfung und Klimaschutz – aus der Eifel für die Eifel“ überzeugte die Jury und landete auf Platz zwei unter 174 Teilnehmern.

Julia Böing

„Dezentralen Strukturen gehört die Zukunft“

Politiker positionieren sich zu den EEG-Plänen von Bundeswirtschaftsminister Gabriel

Die GB-Redaktion hat Politiker gefragt: „Viele in Energiegenossenschaften organisierte Bürgerinnen und Bürger wollen sich selbst mit Energie versorgen. Diese Möglichkeit wird ihnen durch die Pläne des Bundeswirtschaftsministeriums verbaut. Wie ist dies mit den politischen Zielen der Bürgerbeteiligung, des Wettbewerbs auf dem Energiemarkt und der Stärkung der regionalen Wertschöpfung zu vereinbaren?“ Die vollständigen Antworten stehen auf www.rwgv.de.



„Die Energiewende wird durch Bürgerbeteiligung getragen. Die Pläne, zum Beispiel die uneingeschränkte Direktvermarktung, drohen genau dieser Entwicklung den Hahn abzudrehen. Das bedeutet gerade für Genossenschaftsprojekte erhebliche Unsicherheiten und setzt die Vorteile der dezentralen Energiewende aufs Spiel.“

Wibke Brems, Sprecherin für Klimaschutz und Energiepolitik der Grünen-Landtagsfraktion NRW



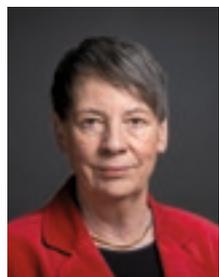
„NRW trägt die Hauptlast der EEG-Umlagekosten. Daher können wir kein Interesse daran haben, dass sich immer mehr aus der solidarischen Finanzierung und der Systemverantwortung verabschieden. Die Herausforderung besteht darin, Energiegenossenschaften in ihrer Rolle als Dienstleister für die Energiewende zu unterstützen.“

Thomas Kufen, energiepolitischem Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW



„Die Energiewende ist mehr als der Austausch von begrenzt verfügbaren Rohstoffen durch unbegrenzte oder nachwachsende Quellen. Den dezentralen Strukturen gehört die Zukunft. Wer will, dass die Energiewende gelingt, wird überall in Deutschland dafür sorgen, dass Eigenerzeugung und -verbrauch sowie die direkte Vermarktung von Grünstrom gefördert und nicht erschwert werden.“

Rainer Deppe, Sprecher für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz der CDU-Landtagsfraktion NRW



„Wenn auch für neue Anlagen wie bisher der Eigenverbrauch erneuerbaren Stroms unter anderem von der EEG-Umlage befreit wird, steigt diese für alle anderen nicht privilegierten Stromverbraucher. Als Bundesregierung setzen wir uns aber für Verteilungsgerechtigkeit und angemessene Beiträge aller Stromverbraucher bei der EEG-Umlage ein – beim Eigenverbrauch, aber auch bei der besonderen Ausgleichsregelung.“

Barbara Hendricks, Bundesumweltministerin, SPD



„Die von der Bundesregierung vorgelegten Eckpunkte zur Reform des EEGs beinhalten grundlegend falsche Weichenstellungen. Mit der verpflichtenden Direktvermarktung und der ab 2017 verpflichtenden Ausschreibung erzeugter Kapazität kommen vor allem Bürgerenergiegenossenschaften unter Druck. Es droht ein Rückschritt zu einem Oligopol in der Energieerzeugung.“

Daniela Schneckenburger, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen-Landtagsfraktion NRW



„Von Bürgern vor der Haustür und in der eigenen Region getragene Projekte sorgen für Akzeptanz und Engagement, was es zu erhalten gilt. Genossenschaften brauchen faire Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für ihre weitere Betätigung. Die EEG-Novelle muss das Ziel verfolgen, die Preisspirale in den Griff zu bekommen, und eine europarechts- und wettbewerbskonforme Ausgestaltung erfahren.“

Ralf Witzel, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW



„Wichtig ist, dass Diskriminierungen der genossenschaftlichen Beteiligung gegenüber anderen Organisationen, beispielsweise im Hinblick auf den Eigenverbrauch, abgeschafft werden beziehungsweise keine neuen entstehen dürfen. Eingriffe in den Bestand ohne Wahrung des Vertrauensschutzes, wie ihn Gabriel etwa bei der Eigenstromerzeugung plant, lehnt die FDP rigoros ab.“

Christian Lindner, Bundesvorsitzender der FDP



WER EMIR KENNT, NUTZT LuxCredit



DAS ERWEITERTE DIENSTLEISTUNGSANGEBOT BRINGT NEUEN SCHWUNG IN IHR KREDITGESCHÄFT.

- » Vielfältig: LuxCredit für Firmenkunden, Privatkunden sowie Mitarbeiter
- » LuxCredit in allen Währungen, von Euro, Schweizer Franken, US-Dollar, Rubel über Yen bis Yuan
- » Flexibel: die bewährten LuxCredit Produktvarianten als Call/Rahmen-Call, Roll-over (u. a. EURIBOR), Festsatz kurz, Festsatz lang

DZ PRIVATBANK S.A., Telefon + 3 52 44903-5000, E-Mail luxcredit@dz-privatbank.com



„Ein Zwang zur Direktvermarktung, ein Systemwechsel hin zu Ausschreibungen oder eine Deckelung bei PV und Windenergienutzung auf Land erhöhen das Risiko für Investitionen und damit letztendlich auch die Kosten für sauberen Strom. Außerdem werden Konzerne, die über das nötige Kapital verfügen oder es sich an den Kapitalmärkten direkt beschaffen können, im Wettbewerb gegenüber Bürgern und kleinen Genossenschaften begünstigt, was dem Ziel der Bürgerbeteiligung widerspricht.“

Kai Schmalenbach, energiepolitischer Sprecher der Piraten-Landtagsfraktion NRW



„Warum keine Unterstützung für die Energiegenossenschaften von Gabriel? Weil Energiegenossenschaften weder im Interesse von RWE, EON, Vattenfall und auch nicht im Interesse von Verdi und IG BCE liegen. Für uns Grüne sind 25 Prozent erneuerbare Energien eine Erfolgsgeschichte nahezu ausschließlich von Bürgern, Landwirten, Genossenschaften und Stadtwerken. Diesen Weg gilt es fortzusetzen.“

Reiner Priggen, Fraktionsvorsitzender der Grünen-Landtagsfraktion NRW

Kompetenz aus einer Hand

Die „iNeG“ in Bad Iburg ist ein genossenschaftlich organisiertes Ingenieurbüro und erbringt alle Leistungen im Energiemanagement

Bad Iburg. Atomkraft? Nein danke! Diese Aussage hat in Deutschland seit der von der vorigen Bundesregierung ausgerufenen Energiewende in der gesamten Branche zu tiefgreifenden Verwerfungen geführt und einen erheblichen Veränderungsprozess ausgelöst. Die fossilen Energieträger werden zunehmend durch erneuerbare Energien ersetzt. Konventionelle, national agierende Energieerzeuger sind in der Defensive, dezentrale Anbieter und Erzeuger von „grünen“ Energien auf dem Vormarsch. In diesem Prozess nehmen Genossenschaften eine Schlüsselrolle ein. Eine Erfolgsstory ist die „iNeG“ in Bad Iburg.

Die im Jahr 2007 von 18 Genossenschaftsbanken und Warengenossenschaften aus Weser-Ems gegründete „iNeG“ (Ingenieur Netzwerk Energie eG) ist ein genossenschaftlich organisiertes Ingenieurbüro und erbringt alle Leistungen im Energiemanagement. „Als unabhängiger Partner der Kunden planen und realisieren wir Energieanlagen jeder Art und Leistung. Wir verstehen uns als Impulsgeber. Neue Formen der Energiegewinnung und -optimierung werden aufgezeigt, Interessengruppen zusammengeführt. Die Projekte werden seitens der iNeG initiiert, im Auftrag der VR-Banken geprüft und realisiert. Dabei sind wir zwischen Weser und Ems regional, aber auch bundesweit im Einsatz“, erläutert Vorstandsvor-

sitzender Matthias Partetzke.

Ein Konzept, das ankommt. Mittlerweile ist die Zahl der Mitglieder auf über 40 – Genossenschaftsbanken, Warengenossenschaften, Energiegenossenschaften aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen – angewachsen. 20 Mitarbeiter, in Mehrzahl Ingenieure aus allen relevanten Sparten, sind für die Auftraggeber in allen Energiefragen im Einsatz: von der Erstberatung, der Erstellung von Machbarkeitsstudien bis zur Realisierung des Projektes. Über 100 Projekte von den 63 Energiegenossenschaften sowie industriellen, gewerblichen und kommunalen Auftraggebern sind zurzeit in der Pipeline – von Photovoltaik-, Biogas- und Windenergieanlagen über Wärmepumpen und Blockheizkraftwerken bis hin zu Nahwärme- und Kältenetze. Auch der Vertrieb von Strom und Gas (meine-energie-eG) wird von den Experten in Bad Iburg umfassend begleitet.

Allein in 2012 und 2013 hat die iNeG jeweils Projekte mit einem Gesamtvolumen in Höhe von rund 100 Millionen Euro initiiert, geplant und umgesetzt. „Wir haben es geschafft, bei allen Projekten den Kostenrahmen einzuhalten. Darauf legen wir großen Wert“, betont Matthias Partetzke. „So etwas wie die Elbphilharmonie in Hamburg gibt es bei uns nicht.“

Drei Fragen an den Vorstandsvorsitzenden Matthias Partetzke

Sind die Reformpläne der Bundesregierung bei der Energiewende sinnvoll?

Partetzke: Eine maßvolle Kürzung/Umverteilung der EEG-Vergütungssätze ist im Windbereich durchaus sinnvoll. Mit der jetzt angedachten Kürzung im Biogasbereich wird die letzte

Rendite für die Biogasanlagen genommen.

Die aktuellen Entwürfe (EEG 2.0) bedeuten für die gesamte Energiewende und insbesondere die politisch gewollte und volkswirtschaftlich sinnvolle dezentral organisierte Energieversorgung das kurzfristige „Aus“. Der vor Ort in PV- und in Onshore-Windenergieanlagen erzeugte Strom kann bereits

- > heute wirtschaftlich vor Ort technisch und kaufmännisch genutzt werden. Der größte Fehler, die beabsichtigte EEG-Umlage für selbst erzeugten und vor Ort genutzten Strom einzuführen, verhindert einen wirtschaftlichen Betrieb dieser Technologien – Investitionen werden ausbleiben.

Die aktuellen Pläne konzentrieren sich auf den Ausbau der Windenergie, insbesondere der Offshore-Windparks, mit der Folge der zwei- bis dreifachen Kosten (EEG-Umlage und zum Beispiel der Entsorgung von Munition) für den dort erzeugten Windstrom gegenüber der Onshore-Technologie. Das EEG 2.0 begünstigt vorrangig die bekannten Großinvestoren aus der Energiebranche.

Es bleibt zu hoffen, dass bis zur letztendlichen Verabschiedung der EEG-Novelle im Sommer 2014 die Vernunft (= volksnahe Entscheidungsgrundlagen) in die politische Willensbildung Einzug halten wird.

Was sind 2004 Ihre Ziele?

Partetzke: Im Auftrag der VR-Bank-Kunden und diverser Energiegenossenschaften prüfen und planen wir derzeit viele Projekte mit einem Auftragswert in Höhe von mehr als circa 300 Millionen Euro – mehr als 80 Prozent davon sind durch die aktuelle EEG-Diskussion in Frage gestellt. Meine Vorstandskollegen, unser Aufsichtsrat und ich gehen davon aus, dass die Vernunft in das EEG 2.0 einziehen wird. Aktuell haben wir daher zwei neue Mitarbeiter eingestellt. Im Auftrag unserer holländischen Nachbarn bereiten wir aktuell einen Genehmigungsantrag für eine Groß-Biogasanlage vor (Investition ca. 50 Millionen Euro). Hier sollen – EEG-unabhängig – jährlich 400.000 Tonnen Substrat zu Biogas gewandelt werden.

Es gibt ein riesiges Finanzierungspotenzial im Bereich der Energieeffizienz und Erzeugung. Mein Kernziel ist daher ein verstärkter Know-how-Transfer in Richtung der Berater (Landwirtschaft/Gewerbe) der VR-Banken.

Neugründungen von Energiegenossenschaften im Jahr 2013

Photovoltaik und Wind: Bürgerenergie Düren (Düren), Bürgerenergie Straelen (Straelen), Energiegenossenschaft Bad Laasphe (Bad Laasphe), Bürgerenergie Hürtgenwald (Hürtgenwald)

Photovoltaik: RWE Bürgerenergie (Dortmund), EnergieBuerGer Gelsenkirchen (Gelsenkirchen), Wechselstrom Energiegenossenschaft (Köln), OWL Neue Energien (Preußisch Oldendorf), KEG – Die KlimaschützerInnen (Forchheim),

Wind: Rheda-Wiedenbrücker Energiegenossenschaft (Rheda-Wiedenbrück), Energie Nahe am Rhein (Münster-Sarn)

Einkauf: Energiegenossenschaft VorEifel (Weilerswist)



Stephan Heidtmann, Leiter der technischen Gebäudeausrüstung, mit Vorstandsvorsitzendem Matthias Partetzke (rechts) bei der Projektplanung

Foto: Hans-Peter Leimbach

*Photovoltaik-, Biogas- oder Windenergieanlagen:
Wo liegt die Zukunft?*

Partetzke: Eine zukunftssichere Versorgung kann wirtschaftlich nur durch einen optimalen Energiemix aller zur Verfügung stehenden EEG-Technologien aufgestellt werden – vorübergehend in Kombination mit zum Beispiel regelbaren Gaskraftwerken. Vorrangig ist allerdings die Energie dort zu erzeugen, wo diese in der direkten Nachbarschaft auch wieder verbraucht wird. In diesem Fall könnte auf den aufwendigen Aus- und Neubau von gewaltigen Strom-Autobahnen verzichtet werden. Ist die Lobbyarbeit der Energiekonzerne zu durchbrechen? Falls ja, so wird die Energiegenossenschaft in der Rolle als regionaler Energieerzeuger und -lieferant eine zentrale Rolle spielen.

Die Stromerzeugung in Wind- und PV-Anlagen erfolgt bereits heute zu marktkonformen Preisen. Biogasanlagen sollen verstärkt in den Regelenergiemarkt eingebunden werden. Ein riesiges Energieerzeugungspotenzial liegt übrigens in der Erzeugung von Biogas aus dem gesammelten Biotonnenmüll und den Abfallstoffen der Lebensmittelverarbeitung. Hier wäre ein politisches Signal (zum Beispiel ein Großteil der organischen Abfallstoffe müsste zu Energie verarbeitet und nicht in das Ausland abtransportiert werden) in Richtung der klassischen Entsorgungsbetriebe wünschenswert.

Wirbel um Belastungen der Regionalbanken

RWGV-Vorstand Siegfried Mehring thematisiert „Nolte-Studie“ vor Westdeutscher Bankleiterversammlung



Foto: RWGV

RWGV-Vorstandsmitglied Siegfried Mehring: „Geschäftspolitische Neuorientierung der Volksbanken und Raiffeisenbanken ist längst im Gang.“

Düsseldorf. Deutschen Regionalbanken droht bis 2018 ein „weiterer gravierender Ertragsrückgang“, weil Niedrigzins, Regulierung und der Konkurrenzkampf durch Direktbanken die Margen aufzehren. Zu diesem Ergebnis ist Bernd Nolte, Partner und Geschäftsführer der Stuttgarter Beratungsgesellschaft 4P Consulting sowie Wirtschaftsprofessor, in seiner Studie „Regionalbanken in Deutschland 2014“ gekommen. Das Handelsblatt rief daraufhin die Krise der Regionalbanken aus. RWGV-Vorstand Siegfried Mehring sprach dieses Thema aus Anlass des Jahresempfangs der Westdeutschen Bank-

leiterversammlung an.

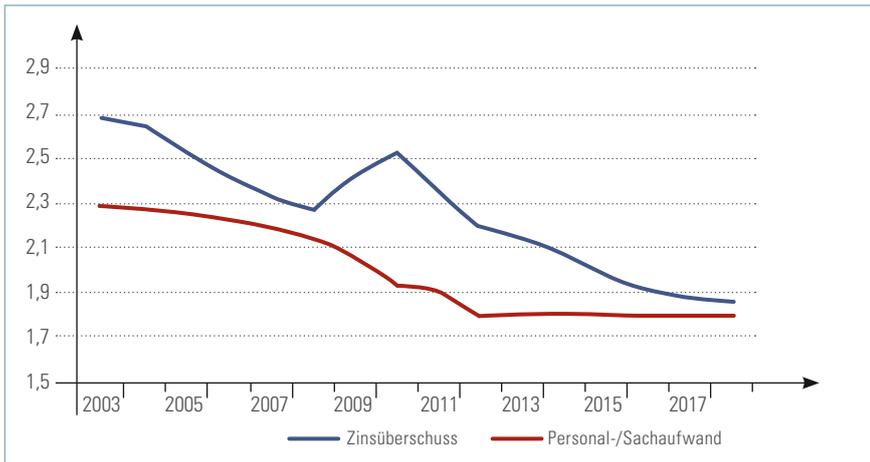
In der Studie, die zu Jahresbeginn von den Medien breit aufgegriffen wurde, zeichnet Nolte ein düsteres Szenario, gestützt auf Daten von 300 ausgewählten Genossenschaftsbanken und Sparkassen. In den nächsten fünf Jahren drohen 65 Prozent der betrachteten deutschen Regionalbanken infolge eines weiter sinkenden Zinsüberschusses in den „wettbewerbsgefährdeten Bereich“ abzurutschen, sofern sie nicht in ihrer Geschäftspolitik aktiv entgegensteuern, warnt der Unternehmensberater.

„Wettbewerbsgefährdet“ bedeutet laut der Definition Noltés, dass die Personal- und Verwaltungskosten mindestens 75 Prozent des Ertrags ausmachen. 2013 wiesen laut der Studie lediglich 35 Prozent der untersuchten deutschen Regionalbanken Aufwandsquoten (Cost-Income-Ratios) auf, die über dieser Schwelle lagen. Die rund 180 Volksbanken und Raiffeisenbanken im RWGV zeigten 2012 im Durchschnitt Aufwandsquoten von 66 Prozent.

Die Stütze des Geschäfts der regionalen Banken bilden Nolte zufolge die Firmenkunden, die einen Anteil von durchschnittlich knapp 60 Prozent an den Gesamterträgen hätten. Das Privatkundengeschäft der deutschen Regionalbanken hingegen sei bereits heute „meistensorts defizitär“. Hier lägen die Kosten im Durchschnitt um fast ein Fünftel über dem Ertrag. Neben einem hohen Personalaufwand belaste die Institute auch die Konkurrenz beispielsweise durch die Direktbanktöchter ausländischer Großbanken.

Seine Prognose, dass sich die Aufwandsquoten in der Zukunft deutlich verschlechtern werden, begründet Nolte primär mit der Herausforderung, Kundeneinlagen trotz niedriger Marktverzinsung zu auskömmlichen Konditionen anzulegen. Der zusätzliche Personalaufwand infolge der Regulierung, der kleinere Banken überproportional trifft, wird von Nolte als weiterer Belastungsfaktor genannt. Auch der RWGV hat diese Probleme in der Vergangenheit wiederholt thematisiert.

„Journalistisch dramatisierend, eine wissenschaftlich typische Ceteris-Paribus-Betrachtung“ – so beurteilt Mehring Studie und Presseberichterstattung. Selbstverständlich forderten Wettbewerb, niedrige Zinsen und Kosten der Regulatorik die Volksbanken und Raiffeisenbanken heraus, fügt Mehring hinzu. „Aber wir kennen auch unsere Stärken, die Nolte verschweigt: Die Genossenschaftsbanken sind 2013 die ertragsstärkste Gruppe gewesen, und wir sind kapitalmäßig solide aufgestellt.“ Falsch liege das Handelsblatt zudem mit seiner



Banken befürchten sinkende Zinserträge bei stagnierenden Kosten.

Behauptung, die kreditwirtschaftlichen Verbände blendeten die – laut der Zeitung – „gefährliche Lage“ aus. „Sie und wir wissen um unsere Aufgaben, die klar und unmissverständlich thematisiert werden, beispielsweise bei den jährlichen Veranstaltungen zum ‚Kompass‘ des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR)“, so der RWGV-Vorstand.

Gerade im Privatkundengeschäft sei der Verbund im Rahmen des Projekts „KundenFokus 2015“ auf einem guten Weg.

„Es ist bemerkenswert, wie konzentriert und ergebnisorientiert unsere Gruppe das Thema angeht. Wenn es eines Beweises bedarf, dass wir mit unserem nachhaltigen Geschäftsmodell zum Wandel in der Lage sind, dann erbringen wir diesen gerade“, machte Mehring vor den Bankleitern deutlich.

Auch wenn die Genossenschaftsbanken als dezentral aufgestellte Gruppe niemals Kostenführer sein würden, gelte es weiterhin, die Ausgabenseite im Auge zu behalten. Outsourcing und Ar-

beitsteilung seien hier Themen, aber auch ganz naheliegende Lösungen. Proprietäre Softwareanwendungen zum Beispiel, die oft lediglich aus historischen Gründen noch von den Banken eingesetzt würden, sollten durch die Angebote der genossenschaftlichen Rechenzentralen ersetzt werden.

Unter dem Stichwort „Stärken stärken“ müsse auch im Firmenkundengeschäft die Leistungsfähigkeit weiter erhöht werden. Denn auch beim Unternehmenskreditgeschäft schrumpften die Margen in einem Niedrigzinsumfeld.

Leichter bewältigen könnten die Volksbanken und Raiffeisenbanken ihre Herausforderungen allerdings, wenn die Politik ungleiche Belastungen ausräume, die kleinere, regional ausgerichtete Institute überproportional hart trafen, argumentiert der RWGV (siehe separate Berichterstattung in dieser Ausgabe). Insofern habe der jüngste Medienwirbel um die Lasten der Regionalbanken auch eine positive Seite, resümierte Mehring: „Gut ist, wenn die Politik einmal von ‚neutraler‘ Stelle erfährt, welche ungleichen Lasten sie erzeugt.“

Stefanie Schulte

Kommentar: Eigeninitiative bindet stärker als iPads

Wie bindet man Bankkunden an sich, wenn ein harter Konditionenwettbewerb infolge niedriger Zinsen und eines hohen regulatorischen Drucks ruinös wäre? Man müsse den Filialbesuch zum „einzigartigen Erlebnis“ machen, meint der Unternehmensberater und Hochschullehrer Bernd Nolte, Autor der hier ausführlich dargestellten Studie zur Zukunft der Regionalbanken.

Für Nolte bedeutet das: mobile Berater, Kommunikation per Video und Chat sowie eine „ungezwungene Loungeatmosphäre“ in der Filiale mit ausliegenden Tablet-PCs. Vor Jahren machte Nolte auf einer Bankenkonferenz den Vorschlag, zum Sparkonto Zoobesuche oder Steiff-Teddys zu verschenken.

Wer nur mit solchen Mitteln versucht, dem Vertrieb auf die Sprünge zu helfen, unterschätzt die Kunden. Die wenigsten Menschen, die heute die genos-

schaftliche Bankengruppe entdecken, erwarten in ihrer Filiale iPads. Für sie stehen Selbstverantwortung, Offenheit und Transparenz, Solidität, Eigeninitiative und soziale Verantwortung im Mittelpunkt.

Es wäre übrigens nicht das erste Mal, dass Nolte den Zeitgeist falsch einschätzt. So lobte der Berater 2005 den Kaffeeröster Tchibo, weil er Kunden mit wechselnden Sortimenten an Kleidung und Sportartikeln ködere. Der Kaffee als solcher – so argumentierte Nolte damals – sei aus emotionaler Sicht ähnlich reizlos wie Finanzdienstleistungen.

Heute fachsimpeln wir über die Unterschiede zwischen Siebträger-Espressomaschinen und Stabfilterkannen und tauschen Bezugsquellen für fair gehandelten Kaffee aus. Warum also sollten wir als Miteigentümer einer Genossenschaftsbank nicht mit Eifer über das regionale Fördergeschäft unseres Instituts diskutieren – oder über

die Wettbewerbsverzerrungen durch marode Großbanken mit ihren impliziten Staatsgarantien?



GB-Redakteurin Stefanie Schulte

Genossenschaftsbanker äußern sich zur Nolte-Studie

„Die Grundaussagen in der Studie von 4P Consulting sind richtig. Allerdings ist es unzutreffend, davon auszugehen, dass zwei Drittel der deutschen Regionalbanken in den nächsten fünf Jahren in einen wettbewerbsgefährdeten Bereich abrutschen. Verantwortungsvolle Geschäftsleiter erkennen die Herausforderungen und werden sich ihnen bereits heute mit Einleitung entsprechender Maßnahmen sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Kostenseite stellen.“

Unterstützung erhalten die genossenschaftlichen Institute dabei von ihren Verbänden. Auch die im Jahr 2013 aus einer Fusion entstandene VR-Bank Kreis Steinfurt ist sich der künftigen Anforderungen bewusst und leitet bereits Maßnahmen wie zum Beispiel das Projekte „KundenFokus 2015“, Personalkapazitätsbemessung, Prozessoptimierungen und Kosteneinsparungsmaßnahmen ein.“

Gerhard Baumann
Vorstand, VR-Bank Kreis Steinfurt



„Unsere Szenario-Rechnungen zeigen bei bestimmten Annahmen in eine ähnliche Richtung, wenn auch weniger dramatisch als von Herrn Nolte dargestellt. Sehr frühzeitig haben wir unsere Kosten angepasst. Unsere überdurchschnittlichen Ergebnisse der letzten Jahre versetzen uns in die Lage, rechtzeitig in die Zukunftsfähigkeit unserer Bank zu investieren.“

Neben Erschließung und Ausbau weiterer Geschäftsfelder stützen wir uns auf die deutlichen Cross-Selling-Vorteile durch unsere Strategie der Mitgliederorientierung. Um zusätzliche Ertragschancen zu generieren und Synergien zu heben, haben wir im Geschäftsjahr 2013 den Zusammenschluss zwischen Volksbank Gütersloh und Bielefelder Volksbank zur Entscheidung gebracht.

Allgemein wird die von Nolte aufgezeigte Problemstellung aus unserer Sicht dazu führen, dass innergenossenschaftliche Strukturfragen eine neue Bedeutung erlangen und möglichst ohne Vorbehalt diskutiert werden müssen. Gleichfalls sollten neue Möglichkeiten der Arbeitsteilung diskutiert werden, wobei innergenossenschaftlicher Wettbewerb strikt vermieden werden sollte.“

Thomas Sterthoff
Vorstandssprecher, Volksbank Gütersloh



„Die Studie ist eine glänzende Gelegenheit, die Probleme der mittelfristigen Zukunft bereits heute – gemeinsam mit Mitgliedern und Kunden – zu thematisieren. Hierzu zählen eine deutliche Verschärfung des Aufsichtsrechts, gravierende Wettbewerbsverzerrungen und die Niedrigzinspolitik der EZB. Die Folgen sind hohe Kosten, ein extremer Preiskampf und verengte Margen zwischen Aktiv- und Passivgeschäft.“

Dies dürfte für viele Kreditgenossenschaften mittelfristig existenzielle Probleme herbeiführen. Bei der Bilanzstruktur und aktuellen Ertragslage der Volksbank Kierspe sowie unter Berücksichtigung unseres Know-hows erwarten wir spürbare Auswirkungen ab 2015, spätestens 2017. Unsere Hausaufgaben haben wir gemacht. Sollten wir dennoch betriebswirtschaftliche Probleme bekommen, wird sich niemand mehr mit einzelnen Banken oder politischen Lösungsansätzen beschäftigen. Dann werden Fusionen als Heilmittel herhalten. Deswegen benötigen wir schon heute deutliche Gegenwehr gegen diese extremen Fehlentwicklungen!“

Stephan Böhse
Vorstand, Volksbank Kierspe



„Wir berücksichtigen seit rund zwei Jahren ein Anhalten der Niedrigzinsphase in der Planung. Bestätigt fühlen wir uns durch die Bundesbank, die bei der jüngsten Abfrage nachhakte, ob wir uns vertan hätten, da wir zweimal die gleichen Daten gemeldet hätten – einmal zum Szenario Normalplanung und einmal zum Szenario anhaltender Niedrigzins.“

Pauschale Aussagen lassen sich kaum auf jede einzelne Genossenschaftsbank übertragen. Die grundsätzliche Aussage Noltes ist ja bereits auf den beiden letzten BVR-Kompass-Veranstaltungen offen diskutiert worden. Wichtig ist, dass Mitglieder und Kunden verstehen, dass auch ihre Bank unter der künstlich niedrig gehaltenen Zinsstrukturkurve leidet.

Wir haben 2013 das Kundenkreditgeschäft um rund 4,5 Prozent gesteigert, während die Kundenzinserträge um etwa 5,4 Prozent gesunken sind. Berücksichtigt man geschätzte 2 Prozent Inflation, fehlen rund 7,5 Prozent an Erträgen. Dies trifft uns nicht unvorbereitet. Durch Umsetzung des BVR-Projektes „Beratungsqualität“ verbessern wir unsere Ertragsbreite. Dank Beratung aus einer Hand vor Ort erhalten Mitglieder und Kunden zwar nicht immer „Schnäppchen“, aber individuell abgestimmte Lösungen. Über Anreize wie den VR-Mitgliederbonus ist die breitere Aufstellung bereits erlebbar.“

Peter Scherf
Vorstand, Volksbank Mindener Land



„Herr Prof. Nolte hat im Kern recht. Schärfere Regulierungsvorschriften und lang anhaltende niedrige Zinsen belasten die Ergebnisse der Regionalbanken. Er sagt allerdings auch, dass existenzielle Probleme dann einträten, wenn „die deutschen Regionalbanken ihre Situation nur aussitzen und auf bessere Zeiten hoffen“.

Dies ist weder in unserem Haus noch in den Verbänden der Fall. Wir haben frühzeitig die Initiative ergriffen und unsere Kräfte vor Ort gebündelt. Trotz überdurchschnittlicher Betriebsergebnisse und starker Eigenkapitalbasis haben wir unsere Mitgliedervertreter von der Sinnhaftigkeit eines Zusammenschlusses überzeugen können. Auch die Verbände haben die in der Nolte-Studie aufgezeigten negativen Trends sehr genau im Blick, was unter anderem durch die Projekte „webErfolg“ und „Beratungsqualität“ der genossenschaftlichen FinanzGruppe mehr als deutlich wird.“

Stefan Hoffmann
stellvertretender Vorstandsvorsitzender,
Volksbank Beckum-Lippstadt



„Die Grundaussage der Nolte-Studie ist richtig: Die politisch gewollte Niedrigzinsphase belastet die Erträge der regionalen Banken. Allerdings halte ich die Schlussfolgerungen, die daraus gezogen werden, für übertrieben. Die Volksbank Kirchhellen verfügt über genügend Puffer, um auch eine längere Niedrigzinsphase durchzustehen. Ich bin mir sicher, dass es vielen anderen Genossenschaftsbanken ebenso geht.“

Diskussionswürdig ist darüber hinaus die Grenze von 74 Prozent bei der Cost-Income-Ratio, ab der laut Nolte der „wettbewerbsgefährdete Bereich“ für eine Bank beginnt. Natürlich ist eine Aufwandsquote dieser Höhe für eine Bank nicht erfreulich. Zukünftig gewinnen die Themen der Prozessoptimierung und Kosteneinsparung eine noch höhere Bedeutung. Es haben jedoch auch schon früher Filialbanken mit Cost-Income-Ratios von um die 70 Prozent gelebt, ohne in Existenznot zu geraten. Und selbst wenn es in einem Einzelfall eng würde, müssten sich Kunden keine Sorgen machen – denn die Institutssicherung der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken bietet höchstmögliche Sicherheit.“

Eberhard Kreck
Vorstand, Volksbank Kirchhellen eG Bottrop



„Implizite Garantien sind Milliarden wert“

OECD-Volkswirt Dr. Sebastian Schich zu den Refinanzierungsvorteilen von Großbanken



Foto: OECD

OECD-Volkswirt Dr. Sebastian Schich

Deutsche Großbanken erzielen jährliche Refinanzierungsvorteile von 20 bis 30 Mrd. Euro, weil sie von impliziten Staatsgarantien profitieren. Das ist das Ergebnis einer bislang wenig beachteten Studie, die die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 2012 veröffentlicht hat. Im Interview erklärt Dr. Sebastian Schich, Koordinator des OECD-Finanzmarktausschusses und Mitautor der Studie, warum die Refinanzierungsvorteile bis heute fortbestehen und was sich ändern muss, um auf dem Bankenmarkt wieder Chancengleichheit herzustellen.

Herr Schich, in Ihrer Studie haben Sie die milliardenschweren Refinanzierungsvorteile dargestellt, die systemrelevante Großbanken erzielen, weil deren Geldgeber darauf bauen, dass sie im Notfall vom Staat gerettet werden. Ist dieses Problem bis heute aktuell?

Schich: Bis heute gehen Kreditgeber und Aktieninvestoren davon aus, dass der Staat für die Schulden großer und komplexer Banken aufkommen würde, wenn es hart auf hart kommt. Sie glauben, dass sich Politiker und unter Umständen auch Bankenaufseher zu diesem Schritt gezwungen sehen würden, da die Insolvenz einer oder mehrerer solcher Banken sehr hohe Kosten für die Gesamtwirtschaft verursachen würde.

Heißt das, dass die bisherigen Bemühungen der Regulierer, ein Scheitern von Großbanken möglich zu machen, ihr Ziel nicht erreicht haben?

Schich: Nationale und internationale Initiativen haben in den vergangenen Jahren durchaus Fortschritte erzielt, was die Entwicklung und Verfeinerung von Restrukturierungs- und Abwicklungsregimen betrifft. Doch leider ist das Instrumentarium, um große, komplexe und international verflochtene Kreditinstitute schnell und effizient abzuwickeln, bis heute weder vollständig vorhanden noch – und das ist unter Umständen noch bedeutsamer – ausreichend in der Praxis erprobt. Die häufig geäußerte politische Verlautbarung, dass jede Bank jederzeit geordnet und ohne Hilfe des Steuerzahlers abgewickelt werden könne, ist derzeit leider noch nicht glaubwürdig. Dies zeigen deutlich die Bewertungen der Ratingagenturen wie auch die am Markt herrschenden Refinanzierungskonditionen. Insbesondere Banken, die als systemrelevant

angesehen werden, müssen bis heute geringere Risikoaufschläge für ihre Refinanzierung in Kauf nehmen, als der Fall wäre, wenn die impliziten Staatsgarantien nicht existierten.

Was bedeutet das konkret für Banken, die von impliziten Staatsgarantien profitieren?

Schich: Sie können sich – gemessen an den Wettbewerbern, die nicht von einer solchen Garantie profitieren – günstiger verschulden. Das wiederum hat zur Folge, dass die betroffenen Institute zu viele Schulden aufnehmen, zu stark wachsen und zu viele Risiken eingehen, verglichen mit einer Situation ohne implizite Garantien. In ihrer Finanzierungsstruktur verlassen sich diese großen, komplexen Banken viel zu stark auf Schulden und zu wenig auf Eigenkapital, was die Anreizstrukturen für das Management dieser Banken verzerrt.

In Ihrer 2012 veröffentlichten Studie sind Sie zu dem Ergebnis gekommen, dass die Refinanzierungsvorteile der systemrelevanten Großbanken europaweit einen beträchtlichen zweistelligen Milliarden-Euro-Betrag erreichen. Hat sich das Ausmaß dieser Vorteile seither verändert?

Schich: Der geldwerte Vorteil der impliziten Garantien macht auch heute noch viele Milliarden Euro aus und bleibt damit sehr bedeutsam für die betroffenen Banken. Seit dem Höhepunkt der Finanzmarktkrise ist er leicht zurückgegangen, weil sich die Lage an den Finanzmärkten und damit auch die Konditionen für die Refinanzierung von Banken entspannt haben. Wie jede Garantie ist eine implizite Garantie dann besonders wertvoll, wenn die Wahrscheinlichkeit, dass das versicherte Ereignis – in diesem Fall also die Pleite einer systemrelevanten Bank – eintritt, besonders groß ist. Heute ist diese Wahrscheinlichkeit glücklicherweise geringer als 2008 oder 2009. Aber der Gegenwert der impliziten Garantien – der ohnehin nur marginal gesunken ist – dürfte schnell wieder steigen, falls sich die Stimmung an den Märkten für Bankenrefinanzierung erneut verschlechtert.

In Ihrer Studie fallen deutsche Großbanken im europäischen Vergleich besonders aus dem Rahmen. Für die betrachteten 17 deutschen Geldhäuser haben Sie 2012 einen jährlichen Refinanzierungsvorteil von insgesamt rund 20 Mrd. bis 30 Mrd. Euro errechnet. In Großbritannien hingegen erreichen 14 Banken zusammen nur einen Vorteil von rund 7 Mrd. Euro. Warum profitieren deutsche Großbanken besonders stark von impliziten Staatsgarantien?

Schich: Einer der Gründe hierfür ist, dass es in Großbritannien in den vergangenen Jahren einige Bankenrestrukturierungsfälle gab, bei denen Kreditgeber an den Lasten beteiligt wurden. Auch wenn die Gläubiger nur in wenigen Fällen effektiv Verluste auf den Nominalwert ihrer Forderungen erfahren haben, hat dort ein Umdenken stattgefunden. Die Existenz einer >

impliziten Garantie für die Schulden britischer Finanzinstitute wurde von den Kreditgebern grundsätzlich hinterfragt. Ein ähnliches Umdenken hat es in Deutschland bislang noch nicht gegeben, da zwar das Rahmenwerk für Bankenabwicklungen verbessert, es aber nie praktisch angewandt wurde. Ein weiterer Grund ist, dass der deutsche Staat besser dasteht als der britische; er genießt aktuell ja bei allen drei großen Ratingagenturen die höchstmögliche Bonitätsstufe von „AAA“, während Großbritannien von Fitch und Moody's um jeweils eine Stufe niedriger, sprich mit „AA+“ bzw. „Aa1“ bewertet wird. Da der Wert jeglicher Garantie entscheidend von der Qualität des Garantiegebers abhängt, ist der Wert der impliziten Garantien für die deutschen Banken besonders hoch.

Was bedeutet das konkret für die Ratings der systemrelevanten Großbanken?

Schich: Durch die angenommene externe Unterstützung verbessert sich die Bonitätsnote einer Bank um eine oder mehrere Ratingstufen. Die großen Agenturen unterscheiden jeweils ungefähr 20 Ratingkategorien, und der Abstand zwischen zwei Kategorien wird als „notch“ bezeichnet. Meist führt eine implizite Staatsgarantie zu einem Ratingvorteil von zwei oder drei „notches“, doch es gibt auch Fälle, in denen er bis zu sechs Stufen ausmacht. Natürlich existieren auch andere Formen der externen Unterstützung, die bei den Ratings berücksichtigt werden, beispielsweise durch eine genossenschaftliche FinanzGruppe, doch diese Art der Unterstützung wird zum Beispiel von Moody's durchaus von der angenommenen impliziten Staatshilfe unterschieden.

Kann man beziffern, wie viel günstiger die Refinanzierung einer einzelnen Bank durch diesen Ratingvorteil wird?

Schich: Eines ist auf jeden Fall klar: Je höher das Rating der Bank ist, desto niedriger sind ihre Refinanzierungskosten. Seit der Finanzkrise ist diese Korrelation sogar noch enger geworden. Grob geschätzt bringt eine Verbesserung des Ratings um einen „notch“ eine Senkung der Zinskosten um 30 bis 50 Basispunkte, also 0,3 bis 0,5 Prozentpunkte, mit sich. Je schlechter die Ausgangsposition eines Schuldners ist, desto stärker ist der Refinanzierungsvorteil, den dieser bei einer Ratingverbesserung um einen „notch“ erzielt. Bonitätsschwache Banken würden somit einen Refinanzierungsvorteil je „notch“ erhalten, der eher bei 50 Basispunkten liegt. Auch die Größe der Bank spielt eine Rolle: Je größer ein Institut ist, desto größer ist im Allgemeinen die Überzeugung, dass es sich um ein systemisch relevantes Institut handelt, und desto größer in der Regel sein Refinanzierungsvorteil. Im Rahmen einer Untersuchung, die im Oktober 2013 im OECD-Finanzausschuss diskutiert worden ist, gehen wir von einem durchschnittlichen Refinanzierungsvorteil von etwa 50 Basispunkten im Falle der etwa 100 größten europäischen Banken aus – wobei allerdings die Vorteile für die einzelnen Banken teilweise deutlich von diesem Mittelwert abweichen. Im Falle einiger Banken des höchsten Dezils betrug der Refinanzierungsvorteil laut unseren Schätzungen im vergangenen Jahr sogar um die 200 Basispunkte.

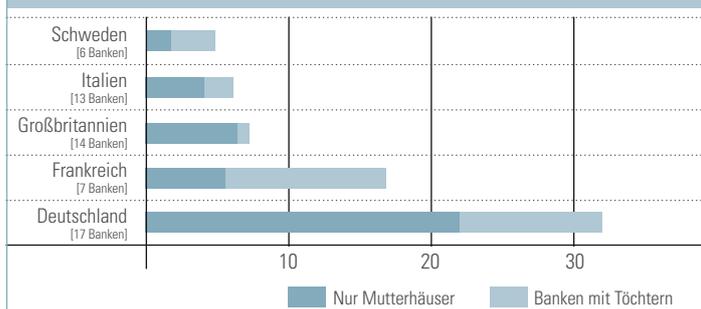
IHR PLUS AN BESSER VERSORGT SEIN

Mit den R+V-Pflegetagegeldern.
Die finanzielle Absicherung für den Pflegefall.

Jetzt die
staatliche
Förderung
nutzen!

Besser versorgt mit den R+V-Pflegetagegeldern: Profitieren Sie von einem erstklassigen Angebot, bei dem Sie Ihren Versicherungsschutz nach Wunsch wählen und sich und Ihre Familienangehörigen vor den finanziellen Folgen einer Pflegebedürftigkeit schützen können. Informieren Sie sich jetzt, wie Sie die Grundversorgung der gesetzlichen Pflegeversicherung ergänzen und obendrein den Staat daran beteiligen können. Bei den Volksbanken Raiffeisenbanken, R+V-Agenturen oder auf www.ruv.de

Jährliche Refinanzierungsvorteile europäischer Großbanken aufgrund impliziter Staatsgarantien
Angaben in Mrd. Euro (Schätzungen)



Quelle: OECD (2012)

Was bedeutet dies für den europäischen Bankenmarkt?

Schich: Auch Garantien, die nicht explizit sind, sondern lediglich von den Marktteilnehmern angenommen werden, verursachen reale ökonomische Kosten. Ein Grund sind die dadurch erzeugten Wettbewerbsverzerrungen. Zum einen profitieren große Banken von den impliziten Garantien stärker als kleine Banken. Zum anderen profitieren Banken in finanzstarken Ländern mehr als solche in Ländern mit erheblichen Haushaltsproblemen. Daher kann es durchaus dazu kommen, überspitzt und plakativ formuliert, dass sich eine schwache Großbank in Deutschland günstiger refinanzieren kann als eine starke Bank in Portugal. Das kann in Staaten mit hoch kreditwürdigen Regierungen – wie Deutschland – zu einem Phänomen führen, das ähnlich wie die aus der Volkswirtschaft bekannte „Dutch Disease“ funktioniert: Die Entdeckung einer wertvollen, aber möglicherweise endlichen Ressource – wie in diesem Fall günstigen Refinanzierungsmitteln für Großbanken – kann durchaus negative Folgen für die relative Ressourcenallokation haben. Zu viele Ressourcen fließen in den geschützten Sektor, was sich durchaus langfristig negativ auf die Effizienz dieses Sektors wie auch der Gesamtwirtschaft auswirken kann.

Wie wirkt sich das auf die Geschäftspolitik der Banken aus?

Schich: Banken, die die beschriebenen Refinanzierungsvorteile genießen, neigen zu einer höheren Risikobereitschaft. Das ist besonders deswegen problematisch, weil zu den vielschichtigen Ursachen der Finanzkrise auch diejenige zählt, dass sich einige Banken zu verbilligten Konditionen refinanzieren konnten. Deswegen sind diese Banken übermäßig stark gewachsen und sind Risiken eingegangen, die sie anderenfalls vermutlich vermieden hätten.

Das bedeutet wohl, dass im Ernstfall auch in Zukunft wieder die Steuerzahler für geschäftspolitische Fehler der Banken einspringen müssten.

Schich: Letzten Endes stellen die impliziten Garantien eine potenzielle bedingte Verbindlichkeit der Staatshaushalte dar – was die Ratingagenturen übrigens auch berücksichtigen, wenn sie die Kreditwürdigkeit von staatlichen Schuld-

nern bewerten. Dies stellt besonders für relativ kleine Volkswirtschaften mit großen Bankensektoren ein Problem dar. Dass eine übermäßige Bankenverschuldung zu einem ganz konkreten Problem für den öffentlichen Sektor werden kann, hat das Beispiel Irlands gezeigt. Dort wurden die impliziten Garantien in explizite Staatsgarantien verwandelt.

Was könnten Politik und Regulierer tun, um Chancengleichheit auf dem Bankenmarkt zu schaffen?

Schich: Das klare Ziel muss sein, das anscheinend bestehende Tabu einer Bankeninsolvenz zu brechen. Die De-facto-Subventionierung von Bankschulden muss beendet werden und Banken, egal welcher Größenordnung, müssen aus dem Markt ausscheiden können, sofern sie unternehmerisch falsche Entscheidungen getroffen haben. Dabei ist es nur natürlich, dass die Kreditgeber auch großer Institute an den Lasten beteiligt werden. Leider war das in den vergangenen Jahren – der globalen Finanzkrise zum Trotz – nur in wenigen europäischen Ländern tatsächlich der Fall, darunter Irland, Großbritannien, Dänemark und kürzlich auch in den Niederlanden. Dabei haben Untersuchungen im Rahmen der Diskussion des OECD Finanzmarktausschusses gezeigt, dass implizite Garantien besonders dort im Wert fallen, wo nicht nur neue Bankenrestrukturierungsgesetze eingeführt werden, sondern wo die dadurch geschaffenen Instrumente auch zur Anwendung kommen – die Kreditgeber von Banken also auch einmal Verluste realisieren. Sollte sich die Überzeugung bei Finanzmarktakteuren durchsetzen, dass auch große und komplexe Banken aus dem Markt in geordneter Weise ausscheiden können, so vermindert sich auch der Anreiz aufseiten des Bankmanagements, besonders risikoreiche Strategien zu verfolgen, ebenso wie die Bereitschaft von Kreditgebern, diese zu finanzieren.

Bisher ist das Thema der Refinanzierungsvorteile durch implizite Staatshilfen in der medialen und politischen Diskussion in Deutschland kaum beachtet worden. Sollte sich das ändern?

Schich: Wie stark dieses Problem beachtet wird, ist von Land zu Land unterschiedlich. In Portugal, Spanien und Italien diskutiert man darüber bereits seit längerem. Das hängt auch damit zusammen, dass es dort negative Rückkopplungseffekte zwischen der Kreditwürdigkeit des Staates und des jeweiligen heimischen Bankensektors gibt. In Deutschland wird das Problem bislang weniger stark wahrgenommen. Aber zu Unrecht. Der vermeint-

Implizite Staatsgarantie steigert Bonität deutscher Großbanken ¹			
	Langfristrating	Rating ohne implizite Staatsgarantie ²	Differenz in „Notches“
Deutsche Bank	A2	baa2	3
Commerzbank	Baa1	ba1	3
Bayerische Landesbank	Baa1	ba1	3
Norddeutsche Landesbank	A3	baa3	3
HSH Nordbank	Baa3	b3	6
1) Banken mit Ratingvorteilen von drei Notches oder mehr			
2) Adjusted Baseline Credit Assessment			
Stand: Januar 2014		Ratings: Moody's	

- > liche Vorteil deutscher Banken aufgrund der hohen Kreditwürdigkeit des Staates kann letzten Endes zu einem Problem werden, und zwar auch für die betroffenen Banken selbst. Denn internationale Investoren nehmen die großen deutschen Banken weitaus weniger gründlich unter die Lupe als die Institute beispielsweise in Portugal und Spanien. Große deutsche Banken müssen sich weniger anstrengen, den „Makel“ eines schwachen Staates zu kompensieren. Sie können sich im Prinzip auf dem soliden Wert der impliziten Garantien ausruhen. Wohlgermerkt: Selbstverständlich unternehmen auch deutsche Großbanken Anstrengungen, ihre Bilanzen und ihr Risikomanagement zu stärken. Allerdings ist der „Zwang“ zu solchen Schritten etwas weniger ausgeprägt als in einigen anderen Ländern, und solch ein „Zwang“ kann manchmal sehr hilfreich sein.

Inwieweit beteiligt sich die OECD an dieser Diskussion?

Schich: Die OECD nimmt aktiv teil an der internationalen Diskussion von Bankenregulierung, Bankenrestrukturierung und -abwicklung, unter anderem in Foren wie dem G20 und dem Financial Stability Board. Der OECD Finanzmarktausschuss befasst sich schon seit einiger Zeit nicht nur mit der Finanzkrise, sondern insbesondere auch damit, wie sich die Antwort der Politik auf diese Krise auswirkt. In diesem Zusammenhang hat der Ausschuss bereits früh auf das Phänomen der impliziten Garantien für Bankschulden hingewiesen. Aus Sicht des Ausschusses war die Reaktion der Politik auf dem Höhepunkt der globalen Finanzkrise durchaus adäquat, denn sie hat dafür gesorgt, dass eine weitere drastische Verschlimmerung der Finanzkrise sowie eine dramatische Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Situation verhindert wurden. Zur Politikantwort zählten die Einführung neuer expliziter Garantien sowie die Ausweitung bestehender expliziter Garantien für Verbindlichkeiten von Banken und anderen Finanzinstituten. Ein Beispiel

Von der Bundesbank zur OECD

Sebastian Schich ist Principal Economist in der Abteilung Financial Affairs im Direktorat Financial and Enterprise Affairs der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Er ist Koordinator des OECD Finanzmarktausschusses (Committee on Financial Markets) und repräsentiert die OECD in verschiedenen internationalen Gremien, darunter mehrere Arbeitsgruppen des Finanzstabilitätsrats (Financial Stability Board).

Vor seinem Start bei der OECD war Schich Volkswirt bei der Deutschen Bundesbank. Zu seinen früheren beruflichen Stationen zählen die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) sowie die Deutsche Bank. Schich hat an der London School of Economics promoviert.

für eine solche Maßnahme – aber bei weitem nicht das einzige – war die Erhöhung der Einlagensicherung, in einigen Fällen sogar vorübergehend ohne Begrenzung. Diese Antworten der Politiker waren hilfreich, aber nicht ohne Kosten. Bereits 2009 hat der OECD Finanzmarktausschuss davor gewarnt, dass es schwer fallen würde, die daraus resultierende Erwartung zu bekämpfen, dass der Staat in einer vergleichbaren Situation in Zukunft wieder ähnlich weitreichende Garantien gewähren würde. Gegenwärtig führt der OECD Finanzmarktausschuss unter anderem ein Projekt durch, um die Entwicklung des Wertes der impliziten Garantien zu überwachen. Dadurch soll ein weiterer Referenzpunkt geschaffen werden, um es Politikern zu erleichtern, den Fortschritt im Bereich der Bankenrestrukturierungs- und -abwicklungsregimes zu beurteilen. Mehr dazu: <http://www.oecd.org/daf/fin/financial-markets/financialsectorguarantees.htm>

Stefanie Schulte

Stärkung kleinerer Banken ist die beste Strategie gegen „too big to fail“

Die „too big to fail“-Doktrin müsse „endlich glaubhaft widerrufen werden“. Aufrufe wie diese, geäußert im August 2010 von Jochen Sanio, dem damaligen Präsidenten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), sind uns allen noch gut im Gedächtnis. Doch leider ist daraus bis heute nicht viel geworden, wie die anhaltenden Rating- und milliarden-schweren Refinanzierungsvorteile der deutschen Großbanken aufgrund impliziter Staatsgarantien zeigen.

Wie die OECD sind wir der Meinung, dass sich dies schleunigst ändern muss. Ein entscheidender Schritt wäre, Wettbewerbsnachteile für kleinere Banken auszuräumen, die nicht „too big to fail“ sind. Deswegen wehren wir uns dagegen, regionale Institute mit regulatorischen Meldepflichten zu überfrachten.

Darüber hinaus werben wir im europäischen Ausland für das deutsche Modell der Volksbanken und Raiffeisenbanken. Eine neue Gründungswelle genossenschaftlicher Institute

in Europa würde helfen, die Abhängigkeit der lokalen Wirtschaft von großen Banken zu reduzieren, bei denen heute noch niemand wagen würde, sie pleitegehen zu lassen.

Uns ist bewusst, dass die komplette Abschaffung des „too big to fail“ bislang kaum mehr als Zukunftsmusik ist. Umso wichtiger ist es, wenigstens die Refinanzierungsvorteile der systemrelevanten Banken auszuräumen. Wie lässt sich dies in der Praxis am besten erreichen? Unser Vorschlag wäre, diese Vorteile bei der Berechnung der Einzahlungen in den europäischen Bankenabwicklungsfonds zu berücksichtigen, der aktuellen Plänen zufolge ja binnen zehn Jahren ein Volumen von rund 55 Mrd. Euro erreichen soll. Kleinere Banken, die nicht „too big to fail“ sind, sollten aus unserer Sicht komplett von den Einzahlungen befreit werden.

Ralf W. Barkey, Vorstandsvorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverbands

Die Stärken weiter stärken

20. Ausgabe von „Wissenschaft und Praxis im Gespräch“ in Münster



Foto: Institut für Genossenschaftswesen

Diskutierten die Herausforderungen für Genossenschaftsbanken (v. links): Dr. Matthias Metz, Ingo Stockhausen, Mark Heiter, Wolfgang Etrich, Ralf W. Barkey, Prof. Dr. Theresia Theurl, Wolfgang Kirsch, Joachim Schorling, Carsten Graaf

Münster. Ein kleines Jubiläum feierte die Veranstaltungsreihe „Wissenschaft und Praxis im Gespräch“ im Januar. Das Institut für Genossenschaftswesen unter der Leitung von Prof. Dr. Theresia Theurl hatte zum 20. Mal eingeladen, um die aktuellen Herausforderungen der Genossenschaftsbanken zu diskutieren.

Ingo Stockhausen, Vorstandsvorsitzender der Volksbank Oberberg mit Sitz in Wiehl, zeigte auf, wie eine Genossenschaftsbank die Fläche stärken und Erträge durch Filialausbau generieren kann. Während sich regionale Wettbewerber aus der Fläche des mittelständisch geprägten Oberbergischen Kreises zurückziehen, modernisiert und baut die Volksbank Oberberg ihr Filialnetz umfassend aus. Stockhausen zeigte anschaulich auf, wie der persönliche Kontakt des Beraters zu den Kunden den Image- und damit auch den Wettbewerbsvorteil sichert. Die Kunden-, Konten- und Mitgliederentwicklung der drei neuen Geschäftsstellen verzeichnen einen kontinuierlichen Aufwärtstrend und stärken damit auch das Ergebnis der Gesamtbank.

Im letzten Vortrag ging Mark Heiter, Vorstand der VR-Bank Nordeifel mit Sitz in Schleiden, auf die Frage ein, wie die Mitgliedschaft als zentrales Alleinstellungsmerkmal der Genossenschaftsbanken gestärkt werden kann. Durch die Verfolgung einer konsequenten MemberValue-Strategie konnte die Mitgliederzahl seit 2002 fast verdoppelt werden. Inzwischen sind über 80 Prozent der Privatkunden der VR-Bank Nordeifel Mitglieder und damit Eigentümer ihrer Bank. Dass sich diese strategische Ausrichtung betriebswirtschaftlich lohnt und nicht aus Gründen der „Sozialromantik“ verfolgt wird, zeige sich beispielsweise an einer höheren Produktnutzungsquote von Mitgliedern gegenüber Nichtmitgliedern. Der unmittelbare Member-

Value, zu dem alle Leistungen zählen, die den Mitgliedern einen direkten Nutzen stiften, wird bei der VR-Bank Nordeifel insbesondere durch eine gezielte und bedarfsgerechte Beratung der Privat- und Firmenkunden erzielt. Dazu werden Instrumente wie der VR-FinanzPlan, der Unternehmerdialog oder der Baufinanzierungsdiallog eingesetzt.

Im Anschluss an die Vorträge erfolgte eine von Prof. Dr. Theresia Theurl moderierte Podiumsdiskussion unter dem Motto „Stärken stärken – Perspektiven der Arbeitsteilung in der genossenschaftlichen FinanzGruppe“. Ralf W. Barkey, Vorstandsvorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverbandes, Carsten Graaf, Vorstandsvorsitzender der Volksbank Meerbusch, Wolfgang Kirsch, Vorstandsvorsitzender der DZ BANK, sowie Dr. Matthias Metz, Vorsitzender des Vorstandes der Bausparkasse Schwäbisch Hall, nahmen daran teil.

In der zunehmenden Regulierungskomplexität sehen alle Podiumsdiskutanten übereinstimmend eine Herausforderung für die Genossenschaftsbanken. Aufgrund dessen müsse, so Dr. Metz und Barkey, die genossenschaftliche FinanzGruppe einen guten und nachhaltigen Kontakt zur Politik aufbauen. So gelte es, den wichtigen Entscheidungsträgern auf EU-Ebene, die die Strukturen der genossenschaftlichen FinanzGruppe bislang nur unzureichend kennen, die Besonderheiten dieses Verbundes zu verdeutlichen. Barkey sieht hierbei durch einen konsequenten Einbezug der Mitglieder der Primärbanken einen Erfolgsfaktor und eine konsequente Unterstützung. So gelte es, Prozesse der Genossenschaftsbanken durch den Verband zu begleiten, zu moderieren und schlussendlich abzuschließen, aber auch Anregungen zu geben.

Der Weg zu Zufriedenheit

Neujahrsempfang der Westdeutschen Bankleitervereinigung

Düsseldorf. Für das gute Miteinander im vergangenen Jahr dankte Andreas Theis, Vorsitzender der Westdeutschen Bankleitervereinigung, beim Neujahrsempfang der berufsständischen Organisation in der WGZ BANK. Dabei bezog er sich zum einen auf die Mitglieder, zum anderen auf den RWGV. Nachdenklich zeigte sich Theis mit Blick auf die Entwicklung der Regionalbanken und ihre Wahrnehmung in der Öffentlichkeit: Niemand werde das Absinken der Betriebsergebnisse durch die politisch gewollten Niedrigzinsen wegreden. Vielmehr unternehme der Genossenschaftssektor intensive Anstrengungen, dem entgegenzutreten – und er sei dabei erfolgreich. Kritisch sah Theis die zunehmende Bürokratisierung, die am Beispiel der derzeit zu entwerfenden Geschenkerichtlinie deutlich werde. Hier müsse die genossenschaftliche Organisation tätig werden, obwohl die Verfehlungen eher bei anderen zu finden seien.

WGZ BANK Vorstandsvorsitzender Hans-Bernd Wolberg rief dazu auf, sich zunächst einmal an dem Erreichten zu erfreuen. Klar sei auch, dass die publizierte „Krise der Regionalbanken“ an der Realität der genossenschaftlichen FinanzGruppe vorbeigehe. Der Grund: Volksbanken und Raiffeisenbanken orientierten sich auf solide Weise an der Realwirtschaft.

RWGV-Vorstandsmitglied Siegfried Mehring berichtete, dass die Primärbanken in NRW und im nördlichen Rheinland-Pfalz ihr Eigenkapital und ihre Erträge nochmals gesteigert hätten.



Andreas Theis, Vorsitzender der Westdeutschen Bankleitervereinigung, kritisierte die zunehmende Bürokratisierung.

ten. Auch mit den Ergebnisvorschauen 2014 und 2015 könne man leben. Das heiße aber nicht, dass kein Handlungsbedarf bestünde, zumal der genossenschaftliche Verbund mit seiner Regionalität niemals Kostenführer sein könne. Mit „KundenFokus 2015“ und den Themen Beratungsqualität sowie webErfolg sei man aber auf dem richtigen Weg.

Ralf Bröker, Pressebüro Rhein-Ruhr

RWGV-Marketing- und Vertriebsforum: Herausforderungen der digitalen Welt

Oberhausen. Umwälzungen, Herausforderungen und Chancen der „digitalen Revolution“ stehen im Vordergrund des Marketing- und Vertriebsforums des RWGVs am 8. Mai in Oberhausen. Die Ruhrgebietsstadt steht für Industriekultur, für Kohle und Stahl als ehemaligen Reichtum der Region. Kann das „digitale Zeitalter“ genutzt werden, um wieder zu altem Glanz zurückzufinden?

Volksbanken und Raiffeisenbanken stehen für „ganz stark an der Mitgliederbasis sein“. Können sie sich neu erfinden in der



Veranstaltungsort des RWGV-Marketing- und Vertriebsforums ist die Oberhausener Zinkfabrik Altenberg.

Nutzung von Internet und Smartphone im Vertrieb und in der Kommunikation? Welche Volksbank oder Raiffeisenbank hat schon den notwendigen Kulturwechsel für die Social-Media-Generation geschafft? Das Marketing- und Vertriebsforum des RWGVs will neue Wege dazu aufzeigen.

Andreas Banger, Vorstand der Volksbank Gronau-Ahaus und Tobias Groten, Vorstandschef der Softwareschmiede Tobit AG, Gronau, berichten über Apps für alle und über Möglichkeiten des Web 2.0 für Banken.

Die digitale Welt steht auch im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion. Teilnehmer sind Alexander Boldyreff, Vorstandsvorsitzender Teambank, Helmut Gawlik, Geschäftsführer VR-NetWorld, Bankvorstand Andreas Banger, RWGV-Vertreter sowie Gastredner zum Thema Verbraucherschutz. Weitere Vorträge beschäftigen sich mit „Digitale Welt = Gläserner Mensch“ und „Wer nicht auf online setzt, stirbt.“ und dem wichtigen Thema: „Wie nehme ich die Mitarbeiter mit?“

Klaus Engels

Warth & Klein Grant Thornton Revisionsunion erhält Zuwachs



Foto: RWGV

Neue Partner (v. links): WKGT-Vorstand Prof. Dr. Martin Jonas, WKGT-Vorstand Bernhard Flintrop, RWGV-Vorstandsvorsitzender Ralf W. Barkey, RWGV-Vorstand Siegfried Mehring und Edgar Schneider, Vorstand des Genossenschaftsverbandes.

Düsseldorf. Die Warth & Klein Grant Thornton (WKGT) Revisionsunion GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist weiter gewachsen. Nach dem Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband (RWGV) ist dem Prüfungsunternehmen im Dezember 2013 auch der Genossenschaftsverband e.V. mit Sitz in Frankfurt als Partner beigetreten. Mit den Leistungen der WKGT Revisionsunion stehe man nun mehr als 3.000 Genossenschaften in 14 Bundesländern zur Verfügung, berichtet Ralf W. Barkey,

Vorstandsvorsitzender des RWGVs.

Die WKGT Revisionsunion wurde Anfang 2013 vom RWGV gemeinsam mit der Warth & Klein Grant Thornton AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, ins Leben gerufen. Das Gemeinschaftsunternehmen ist Mitglied des internationalen Prüfungsnetzwerkes Grant Thornton. Die beteiligten Verbände können damit ihren Mitgliedsgenossenschaften auch Prüfungs- und Beratungsleistungen im Ausland anbieten. Bereits zum Start im Januar 2013 hatten die Partner bekräftigt, dass sie ihre Kooperation für weitere genossenschaftliche Prüfungsverbände offenhalten wollen.

Vom Beitritt des Genossenschaftsverbands e.V. erhoffte sich der RWGV, dass die Tätigkeit im Bereich Financial Services auch durch die Präsenz am Bankenplatz Frankfurt weiter gestärkt werde, so RWGV-Vorstandsmitglied Siegfried Mehring. Gemeinsam bringen die Partner Erfahrung in der Prüfung und Beratung von unter anderem Hunderten von genossenschaftlichen Finanzinstituten mit. Hinzu kommt umfangreiche Expertise in den Branchen Agrarwirtschaft sowie Handel und Waren, komplettiert durch das internationale Netzwerk von Grant Thornton.

Website: <http://ru.wkgt.com/home/>

Stefanie Schulte

Akademie-Dozenten besprechen sich in der Lounge



Foto: RWGA

Der neue Loungebereich der Akademie Forsbach

Forsbach. Der Umbau der Akademie Forsbach dauert noch an, doch in Teilbereichen sind die Baupläne schon umgesetzt. Dazu gehört der neue Lounge-Bereich, der mit modernster Konferenztechnik ausgestattet ist. Hier können sich die Dozenten der RWGA zu Besprechungen treffen und auf dem Großbildschirm ihre Konzepte präsentieren.

Grund für den Umbau ist die Zusammenführung mit den bislang in Münster angesiedelten Akademierteilen. „Die Herausforderung besteht darin, neue Räume zu gestalten, dabei aber die Raumkapazitäten für Seminare so weit wie möglich zu erhalten“, erläuterte RWGA-Leiter Udo Urner. Sachbearbeiter und Dozenten teilen sich daher in Forsbach zukünftig Gemeinschaftsbüros.

Mafia ist in NRW sehr aktiv

Interview mit Mafia-Expertin Petra Reski, die Gastrednerin bei der Verleihung des Journalistenpreises der Genossenschaftsbanken in Rheinland und Westfalen am 18. Mai 2014 in Düsseldorf sein wird

Seit 1989 schreibt die ehemalige Stern-Journalistin und Autorin Petra Reski immer wieder über die italienische Mafia. Für ihre Reportagen und Bücher wurde Reski in ganz Europa mehrfach ausgezeichnet. In Italien erhielt sie für ihr Antimafia-Engagement den Premio Civitas und den Amalfi-Coast Media Award, in Deutschland unter anderem den Emma-Journalistinnenpreis und die Auszeichnung als Reporterin des Jahres. Am Sonntag, 18. Mai, wird Reski Gastrednerin bei der Journalistenpreisverleihung der Genossenschaftsbanken in Rheinland und Westfalen sein. Die Redaktion sprach mit ihr über ihre Recherchen über die Verbindungen der italienischen Mafia zu Wirtschaft und Politik in Rheinland und Westfalen.

Während eines Auftritts in Stuttgart haben Sie einmal gesagt: „Für die Deutschen ist die Mafia ein italienisches Problem, für Norditalien ein sizilianisches, und in Sizilien sagt man: „Mafia? Hier ist sie nicht!“ Wie eng sind nach Ihrer Kenntnis die Verflechtungen mit Politik und Wirtschaft?

Reski: Der abtrünnige Mafioso Antonino Giuffrè prägte den schönen Satz: „Mafia und Politik verhalten sich zueinander wie der Fisch und das Wasser. Es gibt keine Fische ohne Wasser und kein Wasser ohne Fische.“ Das Geheimnis des jahrhundertelangen Überlebens der Mafia besteht in der Unterstützung der Politik. Ohne sie wäre sie als eine Verbrechensorganisation längst eliminiert. Dank der Politik wurde sie zu einer gesellschaftlichen Macht.

Seit ihren Ursprüngen hat die Mafia Politiker und Unternehmer für ihre Zwecke genutzt. Sie wurde mit öffentlichen Geldern groß: In Sizilien und Kampanien machte sie in den 1960er-Jahren den Qualitätssprung von der ländlichen Mafia zur Drogenmafia dank der Gelder, die eigentlich für Erdbebenopfer vorgesehen waren. Heute, wo dank der europäischen Gemeinschaft überall öffentliche Gelder fließen – für Bauprojekte, für erneuerbare Energien, im Gesundheitswesen – sind die guten Beziehungen zur Politik und Wirtschaft die Basis ihrer Existenz.

Die Politiker verwalten die öffentlichen Gelder und die Verwaltungsgenehmigungen. Die Unternehmer kontrollieren den Zugang zum Markt. Die Mafiosi waschen illegales Kapital und stellen ihr Gewaltpotenzial zur Verfügung, um die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die man mit normalen Mitteln nicht beseitigen kann. Der von der Mafia ermordete Staatsanwalt Paolo Borsellino sagte: „Die Mafia und die Politik sind zwei Kräfte, die ein Territorium beherrschen. Entweder sie einigen sich oder sie bekriegen sich.“ Meistens einigen sie sich.



Petra Reski mit Giuseppe Linares und seiner Leibwache. Linares ist einer der erfolgreichsten Polizisten Siziliens und hat in sechs Jahren über 460 Mafiosi, darunter viele Bosse, festgesetzt.

Welche italienischen Mafia-Vereinigungen sind in Deutschland aktiv?

Reski: In Deutschland sind alle vier Mafiaorganisationen seit den 1960er-Jahren heimisch: Die sizilianische Cosa Nostra, die kampanische Camorra, die apulische Sacra Corona Unita und vor allem die kalabrische 'Ndrangheta. Sie machte ihren Aufstieg im Schatten der sizilianischen Cosa Nostra, auf die sich seit den Attentaten 1992–1993 die Aufmerksamkeit richtete. Die 'Ndrangheta wurde in den 1970er Jahren mit Entführungen norditalienischer Industrieller reich und investierte diese Gelder in den Drogenhandel. Heute kontrolliert sie den Kokainhandel in ganz Europa. Alle vier Mafiaorganisationen kamen im Gefolge der anständigen Gastarbeiter nach Deutschland und siedelten sich in den industriellen Zentren an, im Ruhrgebiet, in Baden-Württemberg, in Bayern.

Wo sind nach Ihrer Kenntnis zum Beispiel im Rheinland und in Westfalen ihre Hochburgen?

Reski: Die Hochburgen der 'Ndrangheta sind vor allem in Duisburg und Bochum, Oberhausen und Essen, in niederrheinischen Städten wie Kaarst und Xanthen, Kevelaer und Neukirchen-Vluyn, Wesel und Dinslaken, aber auch in einer Universitätsstadt wie Münster. Die CosaNostra hat ihre Hochburg in Köln, aber auch in Leverkusen und Solingen; die Camorra ist

genau wie die Sacra Corona Unita überall vertreten. Wichtig zu wissen ist, dass sich die einzelnen Mafiaorganisationen untereinander keine Konkurrenz machen, sondern gewissermaßen in Arbeitsteilung zusammenarbeiten. Die 'Ndrangheta hat gegenüber den anderen Mafiaorganisationen allerdings einen organisatorischen Vorteil: Sie kann als Einzige Niederlassungen vor Ort gründen: Zellen, sogenannte „locale“. Zur Erinnerung: Am Abend des Mafiamassakers von Duisburg im Jahre 2007 fand in einem Hinterzimmer des Restaurants „Da Bruno“ eine solche Gründung, eine Mafiataufe, statt.

In welchen Branchen ist die Mafia Ihrer Meinung nach in Rheinland und Westfalen unterwegs? Womit verdient sie ihr Geld?

Reski: Sie ist in der Bauindustrie, in der Immobilienbranche, der Giftmüllbeseitigungsbranche, in der Gastronomie und in der Energieindustrie aktiv – und natürlich nach wie vor in ihren klassischen Geschäftsfeldern, im Drogen- und Waffenhandel. In der Bauindustrie bieten mafiose Unternehmen nicht nur illegale Arbeitnehmer, sondern beispielsweise auch illegale Giftmüllbeseitigung an – vielfach für weniger als die Hälfte der marktüblichen Preise. Angenommen, ein Gebäude von zehn Stockwerken muss abgerissen und die Trümmer müssen wegen Asbest-Gefahr beseitigt werden: Das mafiose Unternehmen macht das bereits für die Hälfte. Außerdem bieten mafiose Unternehmen falsche Rechnungen an, um auf diese Weise „Steuern sparen“ zu können. Die Ersparnis kann dann wiederum für Bestechungsgelder genutzt werden.

Der palermitanische Generalstaatsanwalt Roberto Scarpinato, einst Chefankläger im Mafia-Prozess gegen den früheren italienischen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti, geht von mehreren Hundert Millionen Euro Mafiavermögen in Deutschland aus. Warum kann man dieses Geld nicht aufspüren?

Reski: Man kann das Geld nur aufspüren, wenn es von den – deutschen – Strafverfolgern in direkten Zusammenhang mit einer Straftat gebracht werden kann. Dieses aber ist dank der Gesetzeslage in Deutschland kaum möglich. Schätzungen zufolge wäscht die Mafia in Deutschland pro Jahr 50 Milliarden Euro.

In Italien reicht schon der Verdacht auf Mafiazugehörigkeit aus, um Vermögen zu beschlagnahmen. Reichen Ihrer Ansicht nach die deutschen Gesetze aus, um Mafiosi zu überführen?

Reski: Ich denke, sie reichen definitiv nicht aus. Ganz im Gegenteil, die Gesetzeslage in Deutschland wird von den Mafiosi als eine Art Einladungsschreiben betrachtet: Dank der Furcht der Deutschen vor dem vermeintlichen großen Lausangriff kann praktisch nicht abgehört werden. Dank der Beweislastumkehr müssen die Mafiosi auch nicht fürchten, nachweisen zu müssen, woher ihr Geld kommt, das sie in Deutschland waschen. Mafiazugehörigkeit ist kein Straftatbestand, wie er in Italien definiert wird (dort ist die alleinige Zugehörigkeit zu einem Clan strafbar). Und weil es die Mafiazugehörigkeit praktisch nicht gibt, gibt es



Foto: Shobalcentro/inf

Gedenkfeier für den von der Mafia ermordeten Staatsanwalt Falcone in Palermo: Petra Reski mit den Staatsanwältinnen Ilda Boccassini (rechts) und Carla del Ponte, ehemalige Chefanklägerin für Kriegsverbrechen des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag.

deswegen also naturgemäß auch keine Urteile. Daraus folgt, dass ein weiteres Instrument zur Bekämpfung der Mafia, nämlich die Beschlagnahmung von Mafiagütern, in Deutschland praktisch nicht existiert.

Mit den Duisburger Morden ist die italienische Mafia auch in Deutschland in die Schlagzeilen gekommen. Seitdem sieht und liest man kaum etwas über sie, auch nicht über Bedrohungen und Erpressungen oder Gerichtsverfahren. Sind Ihnen Fälle bekannt?

Reski: Es gab erst im Januar eine große Polizeiaktion im Raum Solingen, zur Baumafia. Das Problem in Deutschland ist aber auch ein linguistisches: Bei vielen Verfahren, die sich mit der Mafia beschäftigen, taucht das Wort „Mafia“ überhaupt nicht auf. Als ich einmal im Kölner Landgericht eine Verhandlung gegen die sizilianische Baumafia verfolgte, fiel das Wort „Mafia“ kein einziges Mal. So sprach man im Kölner Landgericht auch nicht von Mafia, sondern von einer „bandenmäßig organisierten Struktur, die in gewerbsmäßiger Art und Weise in großem Umfang Steuern hinterzogen und den Sozialversicherungsträgern hohen Schaden zugefügt hatte“. Genau 1,8 Millionen Euro. So viel hatten die fünf Sizilianer, die auf der Anklagebank saßen und von den besten Staranwälten verteidigt wurden, an Lohnsteuern und Sozialversicherung hinterzogen. Und wenn nicht ganz offiziell von „Mafia“ gesprochen wird, dann wird das von den deutschen Journalisten in der Regel auch so übernommen: Mafia ist in Deutschland offenbar nur dann Mafia, wenn auch „Mafia“ draufsteht. Grundsätzlich aber war das Duisburger Mafiamassaker ein „Betriebsunfall“: Der Mafia in Deutschland gelingt es seit vierzig Jahren unterzutauchen, weil sie weiß, dass die Deutschen erst dann misstrauisch werden, wenn es zu Gewalttaten kommt. Meist aber geht es gar nicht so weit, deshalb sind auch die Brandstiftungen gegenüber Restaurants, die kein Schutzgeld bezahlen, seit Ende der 1980er-Jahre praktisch verschwunden: Die Mafiosi bemerkten, dass die Deutschen argwöhnisch wurden, wenn mal wieder eine Pizzeria in Flammen aufging. Seitdem die Deutschen wieder

in den jahrzehntelangen Schlaf zurückgefallen sind, aus dem sie die Duisburger Morde nur kurz aufgeschreckt haben, geht alles wieder seinen gewohnten Gang. Ruhe ist die oberste Mafia-Pflicht.

Sind Sie schon einmal von der Mafia bedroht worden?

Reski: Abgesehen von verschiedenen Vorfällen während meiner Recherchen vor Ort in Sizilien (in Corleone hat mich der inzwischen zu lebenslänglicher Haft verurteilte Sohn des Mafia-Bosses Totò Riina bedroht) und in Kalabrien (hier bedrohte mich eine Familie eines 'Ndrangheta-Clans, der auch in Duisburg vertreten ist), bin ich nach der Veröffentlichung meines Buches „Mafia. Von Paten, Pizzerien und falschen Priestern“ im Jahr 2008 vor allem in Deutschland massiv bedroht worden. Und das nicht nur ein Mal. Ich wurde mehrmals im Gerichtssaal bedroht, auf Veranstaltungen, auf Lesungen (unter anderem in Erfurt, eine der Hochburgen der kalabrischen 'Ndrangheta), nach meinen Recherchen per Mail, telefonisch und in Briefen. Außerdem geht die Mafia gegen meine Lesungen, Bücher und Artikel auch mit Gerichtsverfahren und deren Androhung sowie Verleumdungen vor. Zwei Protagonisten meines Buches haben mich mit Zivilklagen und Strafverfahren überzogen und – dank verständiger Gerichte – auch erreicht, dass mein oben genanntes Buch nur mit geschwärzten Seiten erhältlich ist.

Der junge italienische Journalist Roberto Saviano steht wegen seiner Mafia-Enthüllungen in seinem Buch „Gomorra“ auf der Todesliste der Mafia und lebt seitdem unter Polizeischutz undercover. Haben Sie keine Angst?

Reski: Es gibt viele Journalisten in Italien, die nach Mafia-Drohungen Polizeischutz bekommen haben. Ich war vor allem glücklich, dass ich während der Zeit, in der ich bedroht wurde, in Italien eine sehr große Solidarität verspürt habe. Sie war es, die mich in dieser anstrengenden Zeit gerettet hat. In Deutschland haben

eigentlich nur Polizisten und Staatsanwälte, die sich mit organisierter Kriminalität beschäftigen, die Tragweite der Drohungen gegen mich erfasst. Ihnen bin ich ebenfalls sehr dankbar.

Der berühmte, von der Mafia ermordete Richter Giovanni Falcone soll gesagt haben: „Die Mafia wäre in vier Wochen erledigt, wenn wir uns entschließen könnten, vier Wochen keine Angst zu haben.“ Sehen Sie das auch so?

Reski: In Deutschland wendet die Mafia eine andere Taktik an: Nicht Terror, sondern Geschäfte. Deshalb ist die Angst nicht unbedingt das Problem für die Deutschen. Eher die Verdrängung. Meiner Meinung nach verdrängen die Politiker. Denn es bringt ihnen offenbar keine weiteren Wählerstimmen ein, wenn sie das Wort „Mafia“ in den Mund nehmen: Warum schlafende Hunde wecken? Und die Hunde schlafen sehr tief.

Weitere Informationen zum Journalistenpreis der Genossenschaftsbanken unter www.vr-journalistenpreis.de

Sabine Bömmel



Die Bestseller-Autorin Donna Leon, hier mit Petra Reski: „Alles, was ich über die Mafia weiß, verdanke ich Petra Reski.“

Foto: Shobhit/contrastofair

Anzeige

Bekanntmachung zur Wahl der Vertreterversammlung

Der Wahlausschuss der Raiffeisenbank Sankt Augustin eG hat am 16. Januar 2014 die Wahlliste zur Vertreterversammlung erstellt. Diese Wahlliste liegt zusammen mit der Wahlordnung ab dem 07.03.2014 für eine Dauer von zwei Wochen in allen Geschäftsstellen unserer Bank zur Einsichtnahme für alle Mitglieder aus. Die Wahlliste enthält die Namen der Kandidaten für die Wahl der Vertreter und Ersatzvertreter zu unserer Vertreterversammlung.

Weitere Listen können von den Mitgliedern gemäß § 3 der Wahlordnung innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf der Auslegefrist eingereicht werden. Diese Listen müssen von mindestens 150 Mitgliedern unserer Genossenschaft unterzeichnet sein und die übrigen Voraussetzungen gemäß Satzung und Wahlordnung erfüllen. Sollten keine weiteren Listen eingehen, so findet die Wahl über die vom Wahlausschuss erstellte Liste Nr. 1 am 31.03.2014 in den nachfolgenden Geschäftsstellen statt:

- in Mülldorf: Hauptstelle, Am Lindenhof 2b, von 09.00 bis 12.30 Uhr und 14.00 bis 17.00 Uhr
- in Hangelar: Kölnstr. 77, von 09.00 bis 12.30 Uhr und 14.00 bis 17.00 Uhr
- in Niederpleis: Schulstr. 25, von 09.00 bis 12.30 Uhr und 14.00 bis 18.00 Uhr
- in Buisdorf: Heinrich-Busch-Str. 25, von 09.00 bis 12.30 Uhr
- in Hennef-Rott: Dambroicher-Str. 52, von 09.00 bis 12.30 Uhr

Wahlberechtigt sind alle Mitglieder unserer Genossenschaft, die bis zum Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung in die Liste der Mitglieder eingetragen sind. Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel, die zu den Wahlzeiten zur Verfügung gestellt werden. Eine Briefwahl ist zulässig. Unterlagen hierzu können bis spätestens 20.03.2014 in unserem KundenServiceCenter, telefonisch unter der Tel: 02241/2308-0, angefordert werden und müssen bis zum Ablauf der genannten Wahlzeit eingegangen sein.

Sankt Augustin, den 05. März 2014

Raiffeisenbank Sankt Augustin eG

Der Wahlausschuss gez. Barbara Welsch (Vorsitzende)

Intensiver Dialog beim ersten PR-Netzwerktreffen



Foto: Miriam Roth

Aus den Köpfen direkt auf's Papier: Ceren Haussmann von den Kommunikationslotsen machte die Inhalte des Workshops durch ihre Illustrationen zu einem echten Hingucker.

Forsbach. Aufmerksamkeit ist in der heutigen Medienlandschaft ein wertvol-

les Gut, denn immer mehr Akteure versuchen, ihre Inhalte zu platzieren. Die Frage ist daher aktueller denn je: Wie setzt man seine Botschaften richtig in Szene? Antwort hierauf gab das erste exklusive PR-Netzwerktreffen in Forsbach, das der RWGV am 12. und 13. Dezember 2013 für die Kreditgenossenschaften veranstaltete. Das Motto: „Professionelle PR-Kampagnen – Wie man sie plant, umsetzt und evaluiert“.

Den Einstieg machte der ehemalige Greenpeace-Kampagnenleiter Andreas von Bernstorff, der aufzeigte, welche strategischen Mittel zum Erfolg führen und auf welche Details es bei großen Kampagnen oft ankommt. Und auch wenn Greenpeace-Kampagnen und die Kommunikation von Genossenschaftsbanken auf den ersten Blick nicht vergleichbar sind, so gibt es auf den zweiten doch Gemeinsamkeiten. Denn in beiden Fällen geht es um

die Aufmerksamkeit der Zielgruppe. Und dabei gilt für große Aktionen das gleiche wie für den Pressetermin der örtlichen Bank: Man braucht die richtige Inszenierung, um Gehör zu finden!

Wie kreative PR-Maßnahmen aussehen können, wurde im sogenannten „World Café“ erarbeitet. Hier brainstormten die Teilnehmer rund um die Themen Energiegenossenschaften, Schülergenossenschaften, Mitgliederförderung und Europawahl 2014. Der Clou: Eine Schnellzeichnerin bannte die Ideen direkt auf Papier und schuf so ein einmaliges, künstlerisches Protokoll. Darüber hinaus beschäftigten sich die Teilnehmer mit der Kampagnenfähigkeit der genossenschaftlichen FinanzGruppe, bekamen Tipps für ihre Pressearbeit und erhielten Impulse für die Integration von Social Media in den Kommunikationsmix. Das nächste PR-Netzwerktreffen findet im Herbst 2014 statt.

Save the Date – Wichtige Termine

RWGV-Verbandstag: Diesmal trifft sich die genossenschaftliche Familie aus Rheinland und Westfalen am 30. Juni 2014 in Duisburg. Hier begrüßt der RWGV seine Mitglieder in der beeindruckenden und geschichtsträchtigen Kulisse des Landschaftsparks Duisburg-Nord. In diesem verbinden sich auf einer Fläche von rund 180 Hektar Industriekultur und Natur zu einer einmaligen Parklandschaft, in der der Komplex aus Gebläsehalle, Pumpenhalle und Kompressorenraum die Bühne für den Verbandstag bildet. Im Vorfeld des Verbandstags besteht ab 11.30 Uhr die Möglichkeit, an einem Kulturprogramm teilzunehmen.

Berliner Abend: Der gemeinsame Abend der Genossenschaftsbanken aus Rheinland und Westfalen am ersten Tag der Bankwirtschaftlichen Tagung hat schon gute Tradition. In diesem Jahr lädt der RWGV seine Mitgliedsbanken am 14. Mai ab 19.00 Uhr in die Capitol Yard Golf Lounge an der Berliner Spree ein. Mit Blick auf die historische Oberbaumbrücke können sich



Foto: Natalie Bucholski

Beeindruckende Kulisse: Der Verbandstag 2014 findet im Landschaftspark Duisburg-Nord statt.

die Gäste auf einen unterhaltsamen Abend in entspannter Atmosphäre freuen.

Verleihung des Journalistenpreises der Genossenschaftsbanken: Am 18. Mai 2014 ist es wieder so weit. Zum zehnten Mal verleihen dann die Genossenschaftsbanken in Rheinland und Westfalen Journalisten-Preise für die besten

Berichte, Reportagen, Hörfunk- und Fernsehbeiträge zum Thema „Wirtschaft vor Ort“. Prominente Redner sind die nordrhein-westfälische Medienministerin Dr. Angelica Schwall-Düren und die Mafia-Expertin Petra Reski. Sie wird über die Verbindungen der italienischen Mafia zu Politik und Wirtschaft in Rheinland und Westfalen berichten (siehe auch Seite 25 – 27).

Spende für Delitzsch-Museum

Genossenschaften fördern ihre Keimzelle



Foto: Peter Franke / Hermann-Schulze-Delitzsch-Gesellschaft e. V.

Das Museum bietet unter anderem eine Dauerausstellung zum Wirken von Hermann Schulze-Delitzsch.

Delitzsch. Im Haus Kreuzgasse 10 in der sächsischen Kleinstadt Delitzsch entstand 1849 mit der Schuhmacherassoziation die erste gewerbliche Genossenschaft. Um das Andenken an die Pionierleistung des Gründers Hermann Schulze-Delitzsch wachzuhalten, unterstützt die Fachvereinigung der gewerblichen Genossenschaften in Rheinland und Westfalen das an diesem Ort gegründete Museum mit einer Spende von 5.000 Euro. „Die Arbeit des Schulze-Delitzsch-Hauses zu fördern und diese Keimzelle eines weltumspannenden Gedankens zu pflegen und zu entwickeln, ist unser Anliegen. Mit der Spende leisten wir hierzu einen Beitrag“, erläuterte Andreas Rottke, Vorsitzender der Fachvereinigung. Erst 2010 wurde das Museum von der Deutschen Hermann-Schulze-Delitzsch-Gesellschaft e.V. neu gestaltet. Hörstationen, Textwürfel und Wandklappen sowie zahlreiche interessante und seltene Exponate veranschaulichen das Wirken dieses bedeutenden deutschen Reformers. Neben der Dauerausstellung und einer Forschungsbibliothek gibt es Themenabende oder Sonderausstellungen zu genossenschaftlichen Themen. Darü-

ber hinaus sieht sich das Haus aber auch als genossenschaftlicher Dienstleister. Es besteht die Möglichkeit, kleinere Tagungen und Empfänge im Haus auszurichten, auch führen die Mitarbeiter externe Veranstaltungen durch. So bietet die größte sächsische Hochschule für angewandte Wissenschaften, die HTWK Leipzig, derzeit ein Seminar zu Geschichte, Kultur und Funktion von Genossenschaften an. Der am 29. August 1808 in Delitzsch geborene Hermann Schulze hatte nach seiner Schulausbildung in Leipzig und Halle/Saale Jura studiert. Während seiner Tätigkeit als Patrimonialrichter für mehrere Rittergutsbezirke wurde er auf die Probleme der Handwerksbetriebe aufmerksam, die durch die Industrialisierung in einen beispiellosen Konkurrenzkampf gezwungen wurden. Als Mitglied der Preußischen Nationalversammlung, in der ihm nach seiner Heimatstadt der Doppelname gegeben wurde, arbeitete er in den Kommissionen für Handwerk sowie Handel und Gewerbe mit und setzte sich dort auch für die Einschränkung der Gewerbefreiheit ein. Hermann Schulze-Delitzsch starb am 29. April 1883 in Potsdam.

**e@sy
Credit**[®]
Einfach. Fair.

Fairness – bei uns mehr als ein Versprechen.

Individualität, Flexibilität, Sicherheit und Transparenz zahlen sich auf dem Ratenkreditmarkt aus – für die Volksbanken Raiffeisenbanken und für Ihre Kunden.

Nutzen Sie den kundenorientierten easyCredit-Liquiditätsberater für einen herausragenden Beratungsprozess.

Unser Fairness-Versprechen erlebt Ihr Kunde an allen Kontaktpunkten und das ist jetzt sogar erstmals objektiv messbar. Denn easyCredit ist Deutschlands erster Kredit mit DQS-Siegel „Fairness im Ratenkredit“. Mehr erfahren Sie im VR-BankenPortal.

Mit dem Heimvorteil Fairness erleben:

Mitarbeiter der Genossenschaftlichen FinanzGruppe profitieren von den easyCredit-Vorteilen zu besonders attraktiven Konditionen.

Mehr unter easycrredit.de/heimvorteil



09 11/53 90-2256



partnerservice@easycrredit.de



Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

„Den Euro einzuführen, ist ein Fehler gewesen“

Nobelpreisträger Prof. Joseph Stiglitz diskutiert auf der Risikomanagement-Konferenz der Union Investment



Foto: Union Investment

Diskutierten auf der Risikomanagement-Konferenz der Union Investment (v. links): Prof. Hans-Werner Sinn, Union Investment Vorstand Alexander Schindler und Prof. Joseph Stiglitz.

Mainz. 2014 befinden sich die Märkte auf dem Weg zurück zur Normalität. Mit dieser optimistischen Botschaft skizzierte Vorstandsmitglied Jens Wilhelm auf der achten Risikomanagement-Konferenz von Union Investment das künftige Anlageumfeld für Investoren. „Das wirtschaftliche Umfeld hat sich verbessert, die Eurozone steht vor einem Comeback, und die Systemrisiken haben sich insgesamt verringert“, sagte Wilhelm, im Vorstand zuständig für das Portfoliomanagement, vor mehr als 300 institutionellen Investoren in der Rheingoldhalle in Mainz.

Trotz guter Kapitalmarktbedingungen und eines leichten Zinsanstiegs bleibt das Niedrigzinsumfeld als zentrale Herausforderung der Investoren für Wilhelm allerdings bestehen. „Investoren müssen daher weiterhin nach Möglichkeit ins Risiko gehen und Risikoprämien in unterschiedlichen Anlagesegmenten vereinnahmen“, sagte der Kapitalmarktexperte. Entsprechende Strategien sollten durch eine flexible und dynamische Risikosteuerung ergänzt werden. Im Fixed-Income-Bereich empfahl er, in die Länder der Euro-Peripherie zu investieren, mit Spanien und Irland als Favoriten. Denn hier blieben die Spreads im Vergleich zu Bundesanleihen weiter attraktiv. Die Schwellenländer, insbesondere Mexiko und Peru, sowie Hochzinsanleihen seien ebenfalls lohnende Investments. Aktien gehören für Wilhelm ebenfalls in das Portfolio. Angesichts der Kombination aus Wachstumsaussichten und niedrigen Zinsen sei diese Anlageklasse für zwei weitere Jahre attraktiv. Auch hier favorisiert Wilhelm die Eurozone. „Die Anleger werden auch weiterhin viel Spaß haben mit Dividentiteln, während die Substanzwerte noch reichlich

Nachholpotenzial haben.“ Vorsichtigen Anlegern empfahl das Vorstandsmitglied Wandelanleihen als „smarten Weg in die Aktie“.

Auf der Risikomanagement-Konferenz diskutierten mit Prof. Hans-Werner Sinn vom Münchener ifo Institut und Nobelpreisträger Prof. Joseph Stiglitz von der Columbia University in New York zwei ökonomische Schwergewichte Wege zur Lösung der Eurokrise. Prof. Sinn plädierte für eine europäische Schuldenkonferenz, den freiwilligen Austritt von Ländern wie Griechenland und Portugal und forderte mehr Inflation in Deutschland, um die großen Unterschiede in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Währungsunion abzubauen. Der amerikanische Wirtschaftsprofessor Stiglitz pflichtete dem deutschen Ökonomen in vielen Punkten bei. Stiglitz hielt einen Schuldenschnitt beziehungsweise eine Schuldenumstrukturierung ebenfalls für unumgänglich. Auch er kritisierte die teils großen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen auf der ganzen Welt als einen Grund für das vergleichsweise mäßige Wirtschaftswachstum. Stiglitz stellte allerdings – so wie das viele amerikanische Ökonomen tun – stärker darauf ab, dass sich die Eurokrise ohne umfangreiche Änderungen am institutionellen Rahmen der Währungsunion nicht überwinden lasse.

Als unabdingbar nannte er die derzeit viel diskutierte Bankenunion. Und betonte, dass sie nicht nur aus einer gemeinsamen Bankenaufsicht bestehen dürfe, sondern auch aus einem Abwicklungsmechanismus und nicht zuletzt einer gemeinsamen Einlagensicherung. Sinn entgegnete dem, dass auch er sich mit einer Einlagensicherung anfreunden könne, besonders wenn sie von den Banken aufgebaut und finanziert werde. Der Knackpunkt sei aber, ob dieses Sicherungsnetz nur künftig gelte oder ob es auch rückwirkend greife, etwa für alle womöglich noch auftretenden Folgen der aktuellen Finanzkrise. Die Krisenländer drängten tendenziell auf Letzteres, Deutschland und andere Gläubigernationen wollten das naturgemäß nicht. Den Euro einzuführen sei ein Fehler gewesen, sagte Stiglitz in Mainz. „Aber da Sie ihn jetzt nun einmal haben, müssen Sie entscheiden, was damit passieren soll.“ Europa müsse nicht die Vereinigten Staaten von Amerika kopieren. Es gebe aber ein notwendiges Minimum an politisch-fiskalischer Integration, wenn man die Währungsunion erhalten wolle.

Bestes Bauspar-Geschäft der Geschichte

Bausparkasse Schwäbisch Hall verzeichnet 2013 neuen Rekord bei Baufinanzierungen

Stuttgart. Die Bausparkasse Schwäbisch Hall blickt auf ein herausragendes Jahr 2013 zurück. Sowohl im Bauspar-Neugeschäft als auch in der Baufinanzierung erreichte sie neue Bestmarken. „Wir haben unsere eigenen Erwartungen übertroffen“, sagte der Vorstandsvorsitzende Dr. Matthias Metz auf der Jahrespressekonferenz in Stuttgart.

Im Geschäftsfeld Bausparen schloss der deutsche Marktführer 1,13 Millionen neue Verträge mit einem Bausparvolumen von 36 Milliarden Euro ab. Das Rekordergebnis von 2012 wurde um 9,6 Prozent verbessert. Dabei hat Schwäbisch Hall seinen Abstand zu den Wettbewerbern weiter vergrößert. Der Marktanteil liegt bei rund 32 Prozent und damit zwei Prozentpunkte höher als im Vorjahr.

Als bemerkenswert bezeichnete Metz auch die Tatsache, dass Schwäbisch Hall derzeit 8,1 Millionen Verträge über eine Gesamtbausparsumme von 264 Milliarden Euro verwaltet. Der Kundenkreis wuchs um mehr als 300.000 auf 7,3 Millionen. Metz freute sich besonders über das große Interesse am Tarif „Junge Leute“ für Kunden bis 24 Jahre. Von diesem neuen Produkt wurden innerhalb von 18 Monaten rund 500.000 Verträge vermittelt, davon allein 360.000 im Geschäftsjahr 2013.

Metz sieht mehrere Gründe für den Neugeschäftserfolg: Ausschlaggebend waren vor allem die Stärke des Vertriebs von Schwäbisch Hall in enger Zusammenarbeit mit den genossenschaftlichen Banken sowie die Beratungsqualität. Zudem spielte die Suche der Menschen nach einer sicheren Geldanlage und

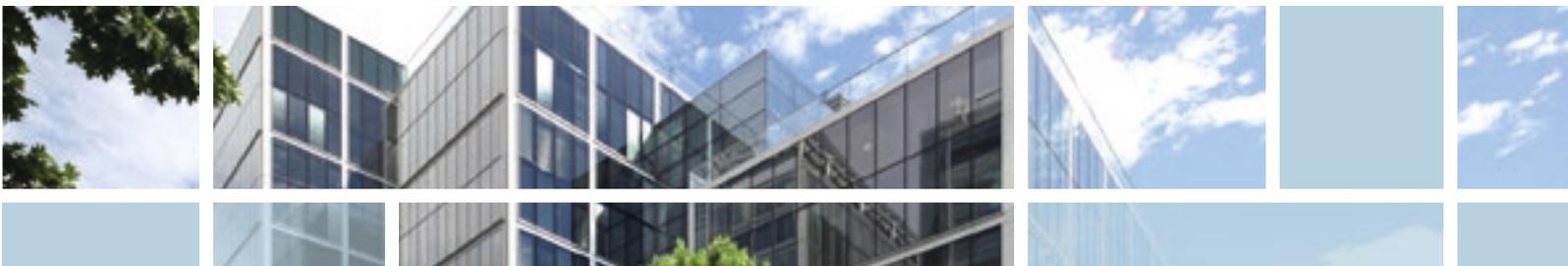


Vorstandsvorsitzender Dr. Matthias Metz präsentierte die Jahresbilanz der Bausparkasse Schwäbisch Hall.

einer verlässlichen Finanzierungsform in Zeiten der Finanz- und Schuldenkrise und das damit verbundene Vertrauen in Sachwerte eine entscheidende Rolle. Hinzu kam die erfolgreiche neue Imagekampagne.

Anzeige

GEMEINSAM FINANZIEREN – GEMEINSAM PROFITIEREN.



Mit unseren **IMMO META-Produkten** bieten wir Ihnen ein umfassendes Angebot für die **Zusammenarbeit in der gewerblichen Immobilienfinanzierung**. Ob Sie sich an einem **abgeschlossenen Kreditgeschäft der DG HYP** beteiligen oder wir Sie bei einer **Finanzierung Ihres mittelständischen Immobilienkunden** unterstützen: **Gemeinsam** sind wir **stark und erfolgreich** in der Marktbearbeitung, erschließen zusätzliches Geschäft und teilen Risiko und Ertrag. Sprechen Sie uns an.

Das Thema Heimat unter der Leitidee „Du kaufst keinen Bausparvertrag. Du kaufst den wichtigsten Ort der Welt“ wurde vom Gesamtverband Kommunikationsagenturen vor Kurzem mit dem „Branchen-Oscar“ für Marketing, dem goldenen Effie, ausgezeichnet. Und schließlich hatte auch die Umstellung des Tarifangebots im März Einfluss auf das boomende Neugeschäft. „Viele Kunden haben sich noch die alten Tarifkonditionen gesichert“, so Metz.

Auch im zweiten Geschäftsfeld, der Baufinanzierung, wurde mit einem Volumen von 12,7 Milliarden Euro eine neue Bestmarke erreicht. Das entspricht einem Plus von 5,4 Prozent. „Wir gehören auch in der Baufinanzierung zu den führenden Anbietern im deutschen Markt“, betonte Metz. Hinzu kommen 3,9 Milliarden Euro aus dem dritten Geschäftsfeld, der weiteren Vorsorge.

Schwäbisch Hall trägt die Idee des Bausparens in die Welt hinaus: Das Finanzinstitut ist derzeit in Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Rumänien und China aktiv. Rund ein Drittel der mehr als zehn Millionen Kunden der Bausparkasse Schwäbisch Hall stammt aus einer der Beteiligungen im Ausland. Metz zeigte sich mit dem Geschäft im vergangenen Jahr zufrieden. „2013 haben wir im Ausland insgesamt 511.000 Bausparverträge über 7,2 Milliarden Euro abgeschlossen. Das sind 10,9 Prozent mehr als im Vorjahr“, erläuterte Metz. „Unsere Ertragsentwicklung im internationalen Geschäft war auch 2013 positiv: Das kumulierte Ergebnis vor Steuern belief sich auf 155 Millionen Euro.“ Die 6.600 im Ausland tätigen Mitarbeiter betreuen 3,5 Millionen Verträge über ein Gesamtvolumen von 50,8 Milliarden Euro.

WGZ BANK vergibt Initiativpreis NRW 2013



Initiativpreis-Verleihung in Düsseldorf (v. links): WAZ-Chefredakteur Ulrich Reitz, WAZ-Wirtschaftschef Thomas Wels, Nadine Henneke, Angelika Schulte und Susanne Ebeling von der KB Schmiedetechnik GmbH, Burkhard Mollen von der Norres Schlauchtechnik GmbH, WGZ BANK-Vorstand Uwe Berghaus, Michael Kramer und Carsten Schaffarz von LED Linear GmbH

Düsseldorf. Die WGZ BANK und die NRW-Zeitungen der Funke Mediengruppe haben zum sechsten Mal den „Initiativpreis NRW“ vergeben, der Unternehmen mit insgesamt 30.000 Euro prämiert, die auf den Gebieten Erneuerbare Energien und Umweltschutz, Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie gesellschaftliches Engagement in NRW Besonderes leisten. Für die Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze in NRW wurde die LED Linear GmbH aus Neukirchen-Vluyn mit dem ersten Platz ausgezeichnet. Das Unternehmen, das Beleuchtungssysteme für den Innen- und Außenbereich produziert, hat in den vergangenen Jahren die Anzahl der voll sozialversicherungspflichtigen Mitarbeiter in Deutschland von zwei auf 62 erhöht, 25 Arbeitskräfte wurden allein 2013 eingestellt. Die Personalauswahl erfolgte stets nach Potenzial und Persönlichkeit. So haben auch ältere Arbeitnehmer und Langzeitarbeitslose eine Festanstellung erhalten.

Platz zwei ging an die Norres GmbH aus Gelsenkirchen, die Spezialschläuche und Schlauchsysteme für die Industrie herstellt. Der Geschäftsführer Burkhard Mollen fördert aktiv die Zusammenarbeit von Menschen mit und ohne Behinderung. Norres beschäftigt über 200 Mitarbeiter, darunter zehn Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung in der Produktion. Sie sind vollständig in den Produktionsprozess integriert und arbeiten nahezu eigenständig. Platz drei ging an die KB Schmiedetechnik GmbH aus Hagen. Um dem Mangel an Kinderbetreuungsplätzen

und der häufig schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf entgegenzuwirken, ließ die Geschäftsführerin Angelika Schulte auf dem in einem Industriegebiet gelegenen, firmeneigenen Grundstück eine Tagesstätte für behinderte und nicht behinderte Kinder sowie ein Therapiezentrum für Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie errichten.

„Unsere Preisträger engagieren sich vorbildlich in ihrer Region und für ihre Region. Das ist uns besonders wichtig“, sagte Uwe Berghaus, Vorstandsmitglied der WGZ BANK, bei der Preisverleihung. Auch WAZ-Chefredakteur Ulrich Reitz zeigte sich von den ausgezeichneten Unternehmen beeindruckt: „Bindung an die eigene Scholle, Berechenbarkeit und der persönliche Handschlag sind hier noch eine Tugend.“

WGZ BANK Stiftung unterstützt Engagement für Bildung

Düsseldorf. Nunmehr im vierten Jahr in Folge lobt die WGZ BANK Stiftung ihren Förderpreis aus. Unter dem diesjährigen Motto „Gesellschaft gestalten – Eigeninitiative fördern“ unterstützt die Stiftung Projektideen und Initiativen zur Verbesserung der gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen oder beruflichen Bildung. Dies können beispielsweise sein: Trainings in Schulen zur Verbesserung von Wirtschafts- und Finanzkompetenz, Aktionen zum erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf oder andere Projekte mit Bezug zu den Themenfeldern Wirtschaft oder Politik. Die Initiativen können sich

bereits in der Umsetzung oder noch im konkreten Planungsstatus befinden. Der Förderpreis ist mit insgesamt 15.000 Euro dotiert. Bewerbungen können bis zum 14. März 2014 bei der örtlichen Volksbank oder Raiffeisenbank aus dem Geschäftsgebiet der WGZ BANK eingereicht werden. Bewerbungsformulare sowie weitere Informationen zum Förderpreis sind im Internet unter folgender Adresse erhältlich: www.wgzbankstiftung.de. Die Bekanntgabe und Auszeichnung der prämierten Projekte ist für den 24. Juni 2014 im Rahmen der Hauptversammlung der WGZ BANK vorgesehen.

Sponsoring der Deutschen Oper am Rhein

Düsseldorf. Hans-Bernd Wolberg, Vorstandsvorsitzender der WGZ BANK, gab bekannt, dass die Partnerschaft zwischen der WGZ BANK und der Deutschen Oper am Rhein bis zum Sommer 2016 fortgesetzt wird. „Die WGZ BANK trägt mit ihrer großzügigen Unterstützung dazu bei, die hohe Qualität von Oper und Ballett am Rhein in dieser und den kommenden Spielzeiten weiterzuführen sowie bestimmte Projekte erst zu ermöglichen“, erklärte Generalintendant Prof. Christoph Meyer: „Wir freuen uns sehr über das kontinuierlich hohe Engagement unseres wichtigsten Sponsorpartners.“ Kulturdezernent Hans-Georg Lohe ergänzte: „Die WGZ BANK ist für uns ein großartiger verlässlicher Partner. Die Verlängerung ihres Engagements um weitere drei Jahre ist auch ein Zeichen der Anerkennung der Leistungen von Oper und Ballett.“ Wolberg: „Kunst- und Kulturförderung ist eine seit Jahrzehnten gepflegte Tradition der WGZ BANK. Die partnerschaftliche Verbindung mit der Deutschen Oper am Rhein entspricht der Unternehmensphilosophie der WGZ BANK, wirtschaftliches Wachstum mit der Förderung gesellschaftlichen Nutzens in Einklang zu bringen. Die Kooperation mit der Oper am Rhein ist seit nunmehr drei Jahren überaus erfolgreich. Daher haben wir bereits im vergangenen Jahr unsere Förderung von der Sparte Oper auf die Sparte Ballett



Besiegelten die weitere Partnerschaft (v. links): Kulturdezernent Hans-Georg Lohe, Generalintendant Prof. Christoph Meyer, Hans-Bernd Wolberg, Vorstandsvorsitzender der WGZ BANK, und Bürgermeister Friedrich G. Conzen

ausgeweitet. Da die WGZ BANK ihre Partnerschaften üblicherweise dauerhaft und nachhaltig ausrichtet, setzt sie die Förderung der Deutschen Oper am Rhein – vor allem auch in diesen wirtschaftlich herausfordernden Zeiten – gerne fort.“

Anzeige

Bekanntmachung

GSH e.G. 50668 Köln,
Ursulaplatz 25-27

Die Generalversammlung vom 10.04.2013 hat die Auflösung unserer Genossenschaft zum 31.12.2013 beschlossen.

Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei der Genossenschaft anzumelden.

gez. Walter Schmalen
-Liquidator-

Vizekanzler überreicht „Stern des Sports“

Platz drei für Sportverein aus Nordrhein-Westfalen auf der Bundesebene



Foto: BVR

Vizekanzler Sigmar Gabriel (links) gratulierte Guido Lohmann (Mitte), Vorstandsvorsitzender der Volksbank Niederrhein, und Heinrich Gundlach (rechts), erster Vorsitzender des TuS Xanten 05/22 e.V..

Berlin/Düsseldorf. Nicht den üblichen Pokal, sondern einen schmucken Stern in Gold gab es für den Vorsitzenden des TuS Xanten, Heinrich Gundlach, in der DZ Bank am Brandenburger Tor. Der Verein aus Nordrhein-Westfalen, der sich über die Volksbank Niederrhein beworben hatte, wurde für sein soziales Engagement mit einem goldenen „Stern des Sports“ auf Bundesebene ausgezeichnet. Mit seinem ganz besonders engagierten Konzept „Der integrative Sportverein – Integration durch Sport“ landete der TuS bundesweit auf dem dritten Platz. Der Verein kümmert sich seit fast 25 Jahren um kulturelle und soziale Integration und arbeitet mit Schulen, Jugendeinrichtungen, Übergangsheimen, der „Tafel“ und anderen Organisationen zusammen.

Überreicht wurde die mit 5.000 Euro dotierte Auszeichnung von Vizekanzler Sigmar Gabriel gemeinsam mit Alfons Hörmann, Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), und dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), Uwe Fröhlich. Auf dem ersten Bundes-Platz landete der TSV Schott Mainz mit seinem Konzept „Kindersport-Akademie als Basis einer ganzheitlichen Jugendförderung“ und der zweite Platz ging an den Todtglüsinger SV aus Niedersachsen, der straffällig gewordene Jugendliche bei der Resozialisierung unterstützt. „Die ‚Sterne des Sports‘ stehen für die Ganzheitlichkeit des Breitensports und zeigen, dass die Sportvereine über alle Altersstufen und Unterschiede hinweg im besten Sinne des Wortes unbezahlbare gesellschaftliche Ver-

antwortung übernehmen“, so Hörmann: „Dieses Engagement wird in unseren 91.000 Sportvereinen Tag für Tag durch 8,8 Millionen ehrenamtlich und freiwillig tätige Menschen gelebt. Dafür sagen wir ein herzliches Dankeschön.“

Zuvor hatte der TuS Xanten die Jury auf Landesebene überzeugt, dort einen „Großen Stern des Sports“ in Silber gewonnen und sich so für die Bundesebene qualifiziert. Bei der Preisverleihung im Sportministerium in Düsseldorf überreichte Ralf W. Barkey, Vorstandsvorsitzender des RWGVs, den Stern sowie das Preisgeld von 2.500 Euro und sagte: „Sportvereine und Volksbanken und Raiffeisenbanken haben eine ganz wichtige Gemeinsamkeit: Beide leben

und wirken für die Menschen in der Region.“ Es gratulierten auch Ute Schäfer, NRW-Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport, und Walter Schneeloch, Präsident des Landsportbundes, der abschließend sagte: „Ich danke den Volksbanken und Raiffeisenbanken für zehn Jahre treue Partnerschaft bei den ‚Sternen des Sports‘. Ohne diesen Partner würden die Sportvereine in Deutschland so nicht arbeiten können, wie sie es jetzt tun.“

Julia Böing



Foto: RWGV

Die Sieger aus NRW feierten im Düsseldorfer Sportministerium.

Journalistenpreis 2014



Volksbanken, Raiffeisenbanken, Spar- und Darlehnskassen in Rheinland und Westfalen

Thema: **Wirtschaft vor Ort**

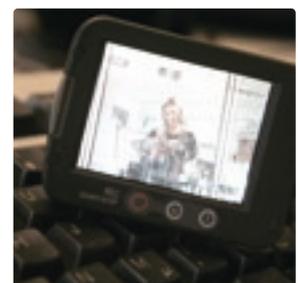
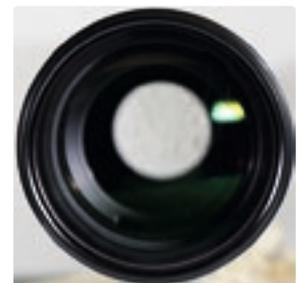
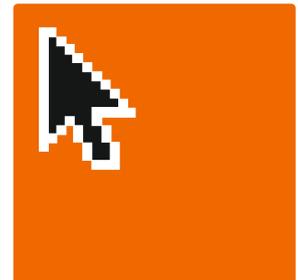
Der Journalistenpreis würdigt herausragende journalistische Beiträge in Bild, Wort und Ton, die das Thema in seiner regionalen Bedeutung der Öffentlichkeit näherbringen und zwischen dem 15. November 2013 und dem 1. November 2014 publiziert wurden.

Informationen und Anmeldeunterlagen unter:
www.vr-journalistenpreis.de

Einsendeschluss: **15. November 2014**

Die Beiträge bitte senden an:
**Rheinisch-Westfälischer
Genossenschaftsverband e. V.**

Presseabteilung
Peter-Müller-Straße 26
40468 Düsseldorf
Telefon: 0251 7186 - 1022
Email: presse@rwgv.de



druckmedien + hörfunk + web + fotografie + film

Der Preis ist mit insgesamt 15.000 Euro dotiert.

Unsere Pressebüros unterstützen Sie gerne.

Pressebüro Rhein-Ruhr:
Ralf Bröker
Telefon: 0251 7186-1063
ralf.broker@rwgv.de

Pressebüro Münsterland:
Hans-Peter Leimbach
Telefon: 0251 7186 - 1025
hans-peter.leimbach@rwgv.de

Pressebüro in Koblenz:
Julia Böing
Telefon: 0251 7186 - 1027
julia.boeing@rwgv.de

Pressebüro in Meinerzhagen:
Karl E. Rinas
Telefon: 02354 904004
karl.rinas@rwgv.de

Pressebüro Ostwestfalen-Hellweg:
Rainer Stephan
Telefon: 05242 908940
rainer.stephan@rwgv.de

In der Fachjury:

Helmut Dahlmann (Landesvorsitzender a. D. des Deutschen Journalisten-Verbandes NRW), Harald Heuer (Leiter der Abteilung „Zeus & Bildungsprojekte“ der WAZ-Mediengruppe, Essen), Wolfgang Jüngst (WISO-Redakteur, Zweites Deutsches Fernsehen), Wolfgang Kleideiter (stellvertretender Chefredakteur, Zeitungsgruppe Münsterland, Westfälische Nachrichten & Partner), Yasmin Osman (Redakteurin des Handelsblatts, Frankfurt), Jens Reddeker (Redakteur, Neue Westfälische/nw-news.de), Anselm Richard (Chefredakteur, Landwirtschaftliches Wochenblatt), Claudia Schall (Chefredakteurin, Radio Köln), Dr. Julian Stech (Preisträger 2004 und Leiter der Wirtschaftsredaktion des General-Anzeigers, Bonn) und Ulli Tückmantel (Preisträger 2007 und Leiter des Ressorts „Report“ der Rheinischen Post, Düsseldorf)

Volksbank-Vorstände tauschen sich mit Grünen-Politikern aus



Foto: Hans-Peter Lemmbach

Dialog zwischen Volksbank-Vorständen und Grünen-Politikern (v. links): Dirk Spanderen, Sven Giegold, Willi Kortmann, Norbert Vogelpohl und Christoph Speikamp

Billerbeck/Kreis Coesfeld. Europäisierung der Bankenaufsicht und zunehmende regulatorische Auflagen sowie verschärfte Eigenkapitalrichtlinien: Sven Giegold, finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen im Europaparlament, Norbert Vogelpohl, Grünen-Abgeordneter im Coesfelder Kreistag und Willi Kortmann, Mitglied des Kreisvorstandes der Grünen waren zu Gast bei Dirk Spanderen und Christoph Speikamp, Sprecher der Volksbanken im Kreis Coesfeld, um im Hause der Volksbank Baumberge in Billerbeck über aktuelle finanz- und wirtschaftspolitische Fragestellungen und deren Auswirkungen auf die heimischen Volksbanken zu diskutieren.

„Wir sind erfolgreich im Markt unterwegs. Da verspüren wir Rückenwind. Was wir als Belastung empfinden, ist die Regulierung. Die Kette der Kontrollen macht viel Arbeit, kostet

Geld und erschwert die Arbeit mit den Kunden“, formulierte es Spanderen. Dem konnte Vogelpohl beim Thema Beratungsprotokolle nur beipflichten. „Das ist ein Scheinriese, der da aufgebaut wird.“ Eine gewisse „Position der Ohnmacht“, meinte Speikamp zu verspüren. „Wir werden als regionale Geldinstitute von vielen Stellen in die Zange genommen, und man bestraft diejenigen, die in der Branche ehrlich unterwegs sind.“ Was bei aller notwendigen Aufsicht und Gesetzgebung zu kurz komme, sei die sachgerechte Anwendung vor Ort, so die Einschätzung der beiden Volksbanker im Kreis Coesfeld.

„Ich teile Ihre Perspektive“, so die Antwort von Giegold. Als politischer Repräsentant werde er aber immer mit der Deutschen Kreditwirtschaft, dem Zusammenschluss der fünf kreditwirtschaftlichen Spitzenverbände in Deutschland, zusammenkommen. Die Folge: „Der Staat reagiert mit gleichen Regeln für alle“, so Giegold – ob groß oder klein. Immerhin, so der Grünen-Politiker weiter, habe er mit dazu beigetragen, dass das Prinzip der Proportionalität, also die bevorzugte Behandlung von kleinen Banken, auf EU-Ebene durchgesetzt wurde. „Ich weiß, was wir an Ihnen haben“, lobte der Grünen-Parlamentarier die Genossenschaftsbanken.

Mit Bürgerenergiegenossenschaften und Volksbank-Wald sind die im Kreis Coesfeld ansässigen Institute auch in Sachen Nachhaltigkeit erfolgreich unterwegs. Bei der Energiewende bot Kortmann den Volksbanken eine Zusammenarbeit an. „Wir brauchen Akteure, die von der Kapitaleseite kommen“, so der Umweltpolitiker aus Lüdinghausen, der sich für den Kreis Coesfeld das Ziel, energieautark zu werden, auf die Fahnen geschrieben hat.

Neues Buch über Raiffeisen und die Arbeiterfrage



Foto: Westerwald Bank

Stellten das Buch „Raiffeisen und die Arbeiterfrage“ vor (v. links): Dr. Ralf Kölbach, Vorstand der Westerwald Bank, Autor Albert Schäfer und Martin Leis, Vorstand der Raiffeisenbank Neustadt

Altenkirchen. Albert Schäfer hat das Buch „Friedrich Wilhelm Raiffeisen und die Arbeiterfrage“ veröffentlicht. Auf über 60 Seiten analysiert der Heimatforscher und Kenner des Ge-

nossenschaftsgründers, wie dieser die soziale Frage seiner Zeit bewertete: „Die Arbeiterfrage ist die wichtigste aller Tagesfragen“, so ein Zitat Raiffeisens von 1874. Die Westerwald Bank, die VR-Bank Neuwied-Linz und die Raiffeisenbank Neustadt haben die Herstellung des Werkes unterstützt. Dr. Ralf Kölbach, Vorstand der Westerwald Bank, und Martin Leis, Vorstand der Raiffeisenbank Neustadt, zeigten sich bei der Vorstellung in Altenkirchen zuversichtlich, dass damit eine weitere Lücke in der Raiffeisen-Forschung geschlossen werden konnte. Das Buch kann über die Geschäftsstellen der drei Banken bezogen werden.

„Der Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit keine soziale Absicherung zu verschaffen, betrachtete Raiffeisen als eine für den Fortbestand von Staat und Gesellschaft gefährliche Vernachlässigung. Die sozial ungesicherte Arbeiterschaft, wie sie im 19. Jahrhundert im industriellen Bereich heranwuchs, implizierte für ihn politischen Zündstoff, wodurch die Gesellschaft leicht in ein Chaos gestürzt werden könnte“, schreibt Schäfer. Mit den Denkschemata von Marx und Engels, „die im Umsturz der bestehenden Gesellschaftsstrukturen die wirtschaftliche Gesundung des sozial schwachen Arbeiterstandes zu finden glaubte“, hatte er unterdessen nichts im Sinn. Kommunisti-

- > schen, sozialistischen und sozialdemokratischen Ideen erteilte Raiffeisen eine Absage. Jede Form von Verstaatlichung kam für ihn zudem der Verachtung des christlichen Menschenbildes gleich.

Raiffeisen wählte schließlich den Weg eines Versicherungssystems, das mit dem System der Darlehnskassen-Vereine eng

verknüpft war. Über die Vereine sollten die Arbeiter und Kleinbauern die Möglichkeit haben, sich zu versichern. Praktisch gründete Raiffeisen dann kein eigenes Versicherungsinstitut der Darlehnskassen. Er brachte das Versicherungswesen der damaligen „Lebensversicherungs- und Ersparnisbank in Stuttgart“ in eine Kooperation mit der „Landwirtschaftlichen Generalbank“ und der „Landwirtschaftlichen Central-Darlehnskasse“.

Neujahrsempfang bei der VR-Bank Neuwied-Linz



Foto: Julia Böng

Vorstandssprecher Franz-Jürgen Lacher (links) und Vorstandsmitglied Andreas Harner (2. v. links) von der VR-Bank Neuwied-Linz diskutierten über Chancen und Risiken von sozialen Netzwerken.

Neuwied. Zu ihrem Neujahrsempfang konnten Franz-Jürgen Lacher und Andreas Harner, Vorstände der VR-Bank Neuwied-Linz, den Manager Digital Business und Innovationen von VR-Networld, Boris Janek, begrüßen. Janek referierte zum Thema Internet und soziale Netzwerke: „Neue Medien verändern

die bisherigen Lebensgewohnheiten und bergen bislang ungeahntes Nutzungspotenzial, aber auch Risiken.“ Alle Branchen werden zukünftig digitalisiert werden, so seine Prognose. Die Branchen Musik, Reisen, Bücher, Kleidung, aber auch Informationen hätten diese Entwicklung bereits durchlebt. Janek warnte davor, die Entwicklung in der eigenen Branche zu verschlafen und sich von anderen aus dem Markt drängen zu lassen. Der Schlüssel zum Geschäftserfolg liege darin, von Suchmaschinen gefunden zu werden und im Internet dort präsent zu sein, wo sich die Kunden aufhalten. Janek: „Und Unternehmen dürfen bei Aktivitäten in sozialen Netzwerken etwas nicht außer Acht lassen: Der Kunde ist ein Mensch.“ Vor allem die Reziprozität, also „Wie du mir, so ich dir“, habe in den sozialen Netzwerken ein starkes Gewicht. Wichtig sei es außerdem, dem Kunden einen Raum zur Kommunikation zu bieten. Er müsse Gelegenheit haben, seine positiven Erfahrungen mit dem Unternehmen und dem Produkt einer breiten Masse mitzuteilen. „Gute Mundpropaganda ist sehr förderlich für

das Geschäft“, sagte Janek. Denn Menschen orientierten sich in ihrer Meinung an der Mehrheit, an Experten und an ihren Freunden. Was Erfolg bringen könne, berge auch Risiken. Negative Erfahrungen verbreiteten und multiplizierten sich ebenfalls rasend schnell. „Unternehmen müssen einfach gut sein“, sagte Janek.

Anzeige

Bekanntmachung zur Wahl der Vertreterversammlung

Nachdem die Wahl unserer Vertreterversammlung durchgeführt worden ist, geben wir hiermit bekannt, dass die Liste der gewählten Vertreter und der gewählten Ersatzvertreter gemäß § 43 a Abs. 6 des Genossenschaftsgesetzes ab dem 17. März bis einschließlich 31. März 2014 in allen Geschäftsstellen unserer Bank während der üblichen Geschäftszeiten zur Einsicht durch die Mitglieder ausliegt. Jedes Mitglied kann jederzeit eine Abschrift der Liste der Vertreter und Ersatzvertreter verlangen.

Alpen, 21. Februar 2014

Volksbank Niederrhein eG

- Der Vorstand -

Volksbank-Mitarbeiter veröffentlicht BVB-Quiz-Buch



Detlef Kappel, Abteilungsleiter bei der Volksbank Remscheid-Solingen, hat mit dem BVB-Quiz bereits sein drittes Buch veröffentlicht.

Remscheid. 400 Fragen und Antworten zur Geschichte von Borussia Dortmund: Detlef Kappel, Abteilungsleiter bei der Volksbank Remscheid-Solingen und echter Bundesliga-Experte, hat ein BVB-Quiz-Buch auf den Markt gebracht – für große und kleine Borussia-Fans: „Das große BVB-Quiz-Buch“. Ob Pokal- und Meisterschaftsdaten, die 105-jährige Vereinsgeschichte, Europapokal oder die Trainer der Borussen – zu allem rund um den Ruhrpott-Verein können fußballbegeisterte Leser ihr Wissen spielerisch auf den Prüfstand stellen. Das Buch über den BVB ist nicht das erste Quiz von Kappel: Der Fußball-Fan veröffentlichte bereits „Das ultimative FC-Quiz-Buch“ über den 1. FC Köln und vor zwei Jahren „Das große Schalke-Quiz-Buch“. Und sicherlich wird das BVB-Quiz-Buch nicht Kappels letzte Veröffentlichung bleiben: „Fußball ist mein Steckenpferd. Ich kenne mich wirklich aus – das Wissen habe ich mir selbst aus reinem Interesse angeeignet. Ich freue mich, wenn ich es jetzt durch Quiz-Bücher mit anderen Fußballbegeisterten teilen kann.“

Türkische Delegation besucht Volksbank RheinAhrEifel

Bad Neuenahr-Ahrweiler. Im Rahmen einer Informationsreise, organisiert vom Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV), besuchte eine 15-köpfige Delegation türkischer Genossenschaften und Vertreter der für Genossenschaften zuständigen türkischen Ministerien für Landwirtschaft sowie für Zoll und Handel die Volksbank RheinAhrEifel. In der Schalterhalle der Hauptstelle Bad Neuenahr wurden die ausländischen Gäste vom Vorstandsvorsitzenden Elmar Schmitz begrüßt.

Getreu ihrem Motto „Wir sind Heimat“ pflegt die Bank zur Region sowie zu den hier lebenden Menschen eine enge Bindung. Das macht die Regionalbank zum Vorbild und beliebten Anschauungsobjekt zahlreicher ausländischer Delegationen, die das kreditwirtschaftliche Genossenschaftswesen in ihren Heimatländern forcieren möchten. Bei ihrem Besuch an der Ahr konnten sich die türkischen Besucher ein Bild von der Arbeitsweise der Volksbank RheinAhrEifel als Teil der genossenschaftlichen Struktur im deutschen Finanzsektor machen.

In dem mehrstündigen Treffen informierten sie sich über das genossenschaftliche Bankensystem im Allgemeinen und über ihren Gastgeber im Speziellen. Bereichsleiter Michael Nisius konnte dabei den türkischen Kollegen einen umfangreichen Überblick über die Entstehung, die Entwicklung und den heutigen Stand der Volksbank geben. Besonders interessierten sich die Gäste für die Geschäftsfelder der Volksbank RheinAhrEifel, ihre Kundenstruktur, die Verwurzelung im Markt, ihre Einbindung in die Genossenschaftsorganisation, die historische Entwicklung und ihre Pers-

pektiven für die Zukunft.

Der DGRV kooperiert bereits seit einigen Jahren eng mit verschiedenen landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisationen und der Genossenschaftsbehörde im Landwirtschaftsministerium. Türkische Kleinlandwirte, Kleinst- und Kleinunternehmer und Gewerbetreibende außerhalb der Ballungszentren wollen gemeinsam ihre wirtschaftliche Situation verbessern. Der DGRV unterstützt sie dabei durch die Förderung unternehmerischer Genossenschaften, die den Zugang zu Märkten und Dienstleistungen ermöglichen. Seit dem Jahr 2002 wächst die türkische Wirtschaft dynamisch, doch nicht alle Teile des Landes partizipieren an diesem Wachstum. Vor diesem Hintergrund unterstützt der DGRV durch gezielte Maßnahmen die Weiterentwicklung genossenschaftlicher Organisations- und Verbundstrukturen in ländlichen Regionen.

In den vergangenen Jahren begrüßte das regionale Finanzinstitut bereits zahlreiche Gäste unter anderem aus Brasilien, Polen, China, Mexiko, Kuba, Indien, Moldawien, Russland, Aserbaidschan, Kirgisistan, Honduras, Uganda und der Ukraine.



Vorstandsvorsitzender Elmar Schmitz (3. v. links) und Bereichsleiter Michael Nisius (links) begrüßten die türkischen Gäste in der Volksbank RheinAhrEifel.

Kapazitäten ausgebaut

Raiffeisen Beckum baut ihr Mineralölgeschäft aus

Beckum. Zufriedene Gesichter gleich aus doppeltem Grund bei der Raiffeisen Beckum eG. Das zurückliegende Geschäftsjahr ist trotz des harten Wettbewerbs im landwirtschaftlichen Kerngeschäft mit Agrargütern und Vieh erfreulich verlaufen. „Per 30. September haben wir einen Gesamtumsatz in Höhe von 80 Millionen Euro erwirtschaftet und uns damit auf hohem Niveau stabilisiert“, freute sich Geschäftsführer Paul Uppenkamp. Zum Jahresende lag der Gesamtumsatz wie im Vorjahr bei rund 100 Millionen Euro. „Wir haben uns ganz gut geschlagen“, ergänzte Aufsichtsratsvorsitzender Hubert Bücken.

Die Raiffeisen Beckum hat kürzlich ihre geschäftlichen Aktivitäten im Energiesektor mit der Übernahme des Mineralölgroßhandels Heinrich Klespe GmbH & Co. KG mit dem Erwerb des benachbarten Grundstücks und der Betriebsanlagen ausgebaut. „Beckum verfügt nun wieder über einen eigenen Ölhändler“, brachte es Paul Uppenkamp vor der Presse auf den Punkt. Das neue Angebot soll bestehende und neue Raiffeisen-Kunden in Beckum, Ahlen, Dolberg und Oelde ansprechen und eine Ergänzung zum bereits bestehenden Energiegeschäft der Raiffeisen Beckum (Heizöl, Diesel, Festbrennstoffe, Flüssig- und Autogas, Kohle, Tankstelle) darstellen. Das Angebot gilt für alle privaten Haushalte und gewerbliche Betriebe.

Traditionell ist der Energiebereich der Raiffeisen Beckum am Standort in Oelde konzentriert. Hier verfügt die Genossenschaft für das Mineralölgeschäft über ein Lager für Heizöl und Diesel. Zudem gibt es ein Tanklager in Hamm. Mit dem Tanklager von Klespe sind die vorhandenen Kapazitäten nun auf einen



Freuen sich über gute geschäftliche Ergebnisse in 2013 und die Übernahme des Mineralölgroßhandels Klespe (v. links): Vorstandsmitglied Egbert Wißling, Vorstandsvorsitzender Josef Plümpe, Aufsichtsratsvorsitzender Hubert Bücken, Geschäftsführer Paul Uppenkamp, Verkaufsleiter Matthias Täuber und Geschäftsstellenleiter Helmut Micke

Schlag um 500.000 Liter angewachsen. „Das bringt erhebliche Vorteile für die Logistik und schafft mehr Flexibilität im täglichen Geschäft“, erläuterte Helmut Micke. „Für die Kunden ändert sich nichts.“ Immerhin acht Millionen Liter Brennstoffe würden jährlich umgeschlagen, so der für den Energiebereich zuständige Geschäftsstellenleiter in Oelde weiter.

Die steigenden Preise für Heizöl machen sich bei der Raiffeisen Beckum in einer zunehmenden Nachfrage nach Festbrennstoffen wie Pellets bemerkbar. Auch die guten alten Briketts und Koks-kohle kommen wieder in Mode. Die Energiewende lässt grüßen.

Hans-Peter Leimbach

Anzeige

Bekanntmachung

Die Generalversammlung vom 18.12.2013 hat die Auflösung unserer Genossenschaft per 31.12.2013 beschlossen.

Liquidatoren sind die Unterzeichnenden

Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei der Genossenschaft anzumelden.

Winzergenossenschaft eG i.L., Am Eichelweg 11, 55430 Perscheid

Die Liquidatoren

Gerhard Henrich

Horst Henzel

Neuer Standort für Raiffeisen in Legden

Angebot im Raiffeisenmarkt wurde deutlich erweitert



Foto: Hans-Peter Leimbach

Betriebsstellenleiter Thomas Dopp, Heinrich Wensing, Karin Wigger und Geschäftsführer Rainer Brunn (v. links) freuen sich über den Umzug an den neuen Standort der Raiffeisen in Legden.

Legden. Der Einzelhandelsmarkt ist fast leergeräumt, die Brückenwaage vor der Tür außer Betrieb. Auch das Telefon ist umgestellt: Die vielen Jahre an der Bahnhofstraße sind bei der Raiffeisen Coesfeld-Ahaus Vergangenheit. Seit einigen Wochen liegt der Arbeitsplatz für Betriebsstellenleiter Thomas Dopp, die für den Agar- und Einzelhandel zuständige Karin Wigger und Mitarbeiter Heinrich Wensing einige Hundert Meter entfernt am neuen Standort Bahndamm 7.

„Sehr geehrte Kunden, wir bitten um Entschuldigung für die Unannehmlichkeiten der letzten Bauphase und freuen uns, Sie an unserer neuen Betriebsstätte wieder begrüßen zu können“, steht an der alten Eingangstür geschrieben. „Die Kunden werden überrascht sein, wenn sie uns am neuen Standort besuchen“, ist sich Geschäftsführer Rainer Brunn sicher. „Unser Angebot im Raiffeisenmarkt haben wir deutlich erweitert und können Waren und Produkte in einem schicken Ambiente präsentieren“, ergänzt Karin Wigger. Dieses reicht von Bedarfsartikeln rund ums Pferd über Tiernahrung für Katze und Hund bis hin zum Kleintierfutter. Auch Gartenzubehör und Bekleidung sind im Sortiment enthalten.

Lagerkapazitäten für Getreide und Dünger stehen jedenfalls schon heute in ausreichendem Maße zur Verfügung. Rund 5.000 Tonnen können in den beiden Hallen eingelagert werden. Zudem ist ausreichend Platz für Pflanzenschutzmittel, Flüssigdünger und Sackware. Die automatenbetriebene Dieseltankstelle auf dem Hof wurde Anfang Dezember in Betrieb genommen, ebenso die öffentliche Brückenwaage.

„Gefeiert wird die Betriebsverlagerung mit den Mitgliedern der Raiffeisen Coesfeld-Ahaus und allen Kunden dann im Frühjahr. Darauf freuen wir uns jetzt schon“, meint Rainer Brunn abschließend.

Hans-Peter Leimbach

Ausgezeichnete Bio-Weine der Moselland

Neustadt/Weinstraße. Beim Großen Internationalen Weinpreis MUNDUS VINI BioFach wurden die besten Bioweine der Welt durch eine internationale Expertenjury verkostet und bewertet. Aus dem Biowein-Sortiment der Winzergenossenschaft Moselland wurden drei Weine mit einer Silbermedaille ausgezeichnet: der Moselland-Bio 2012 Riesling Qualitätswein lieblich, der Moselland-Bio 2012 Müller-Thurgau Qualitätswein trocken und der Moselland-Bio 2012 Müller-Thurgau Qualitätswein halbtrocken. „Die Nachfrage nach Bioweinen steigt. 85 Prozent der weltweiten Öko-Rebfläche wird in Europa bewirtschaftet. Deutschland ist mit über 30 Millionen Flaschen Importweltmeister von Öko-Wein“, erklärte die rheinland-pfälzische Landwirtschafts- und Weinbauministerin Ulrike Höfken, die die Preisträger ehrte. Die Moselland errang mit ihrem Bio-Wein eine weitere Auszeichnung: In der Februar-Ausgabe des Weinmagazin Wein & Markt wurden die Ergebnisse des Lebensmitteleinzelhandel-Tests „Spätburgunder bis sechs Euro“ veröffentlicht. Der Moselland-Bio 2012 Spätburgunder Qualitätswein trocken ist der beste Biowein der gesamten Verkostungsreihe.



Foto: Nürnberg/Messer/Thomas Gänger

Die rheinland-pfälzische Landwirtschafts- und Weinbauministerin Ulrike Höfken lobte die Bio-Winzer.

AGRAVIS startet neue Ausbildungswebsite

Münster. Unter dem Titel „Hier wächst Deine Zukunft“ ist der neue Ausbildungsauftritt der AGRAVIS Raiffeisen AG jetzt online gegangen. Jugendliche können sich nun auf der Website www.ausbildung.agravis.de über die Ausbildung bei einem der größten deutschen Agrarhandels- und Dienstleistungsunternehmen informieren.

Das neue Onlineangebot ist speziell auf junge Zielgruppen zugeschnitten. Alle Inhalte sind schnell und übersichtlich auf nur einer Seite zu finden. Diese Plattform funktioniert wie eine

große, dynamische Leinwand, auf der alle Inhalte schnell und unkompliziert durch Links oder Scrollen zu erreichen sind. Optisch setzt die neue Azubi-Seite auf eindrucksvolle Nahaufnahmen und prägnante Textbotschaften. Ein Kernelement ist ein neuer Azubifilm, der die Klischees des Gummistiefel tragenden Landwirts und einer verschlafenen Agrarbranche gehörig auf Korn nimmt und gleichzeitig zeigt, wie modernes, vielseitiges Agribusiness bei der AGRAVIS funktioniert. Am Konzept und am Dreh haben die Auszubildenden wesentlich mitgewirkt.

Noch nie dagewesener Strukturwandel

Milchviehhaltung im Fokus der Weyerbuscher Gespräche

Weyerbusch. Die Entwicklung der Agrarmärkte und die Zukunftsaussichten der Landwirtschaft standen im Fokus der 10. Weyerbuscher Gespräche im Raiffeisen-Begegnungs-Zentrum. Referent Hans-Josef Hilgers, Vorstandsvorsitzender der RWZ, machte deutlich, dass keine Branche einen vergleichbaren Strukturwandel in den vergangenen Jahrzehnte erlebt habe: Gab es 1950 beispielsweise bundesweit noch 1,5 Millionen Milchviehbetriebe, waren es 2010 noch 100.000. Keine andere Branche wertete er allerdings auch als „unvergleichliche Zukunftsbranche“. Weltweites Bevölkerungswachstum und Urbanisierung, Mobilitätsanstieg sowie der wachsende Bedarf an Trinkwasser und Energie gelten für Hilgers als Haupttreiber für die grundsätzlich positiven Aussichten der Landwirtschaft und deren Absatzmöglichkeiten. 2050 liege die Weltbevölkerung bei rund 9,2 Milliarden Menschen, deren Konsum gedeckt werden wolle. Und das mit bisweilen düsteren Begleiterscheinungen: Hilgers skizzierte die Gefahr von neuen kriegerischen Auseinandersetzungen und weltweiten Flüchtlingsbewegungen aufgrund von Nahrungsmittelknappheit. Dieser Knappheit könne man ohne den Einsatz von Gentechnik am Ende kaum Herr werden, so der Vorstandsvorsitzende.

Westerwald Bank Vorstand Dr. Ralf Kölbach legte Wert darauf, dass „die Agrargenossenschaften ihren Beitrag zu nachhaltiger Produktion in der Landwirtschaft leisten“. Unbeantwortet musste indes die Frage bleiben, ob Raiffeisen selbst den Einsatz



Vorstandssprecher Wilhelm Höser (links) und Vorstandsmittglied Dr. Ralf Kölbach (rechts) von der Westerwald Bank begrüßten Hans-Josef Hilgers, Vorstandsvorsitzender der RWZ, zu den 10. Weyerbuscher Gesprächen.

gentechnischer Möglichkeiten wohl gutheißen würde. In jedem Fall hat auch er die zu seiner Zeit zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten zu nutzen gewusst. Dass die technischen Möglichkeiten auch heute mit der Nahrungsmittelproduktion Hand in Hand gehen müssen, schilderte Hilgers am Beispiel der brasilianischen Sojabproduktion. Brasilien sei zwar der weltweit zweitgrößte Sojabohnenproduzent, die Logistik lasse jedoch zu wünschen übrig, weil die Lkw bis zu neun Tage aus den Anbaugebieten bis zu den Häfen Brasiliens benötigen. Die Folge: Frachtschiffe warten dort bis zu 100 Tage auf Ladung. „Produktion alleine ist vor diesem Hintergrund nicht die alleinige Größe, um Nahrungsmittelknappheit zu begegnen.“

DEG und NOWEDA: Beste Arbeitgeber

Nachrichtenmagazin Focus zeichnet Genossenschaften aus



Foto: DEG

Volkmar Sangl ist Vorstandssprecher der DEG Alles für das Dach, die zu den besten Arbeitgebern gehört.

Koblenz/Essen. Ende Januar veröffentlichte das Magazin Focus die 800 besten Arbeitgeber in Deutschland. In der Kategorie „mittelgroße Unternehmen im Großhandel“ landeten zwei Genossenschaften ganz oben auf dem Siebertreppchen. Die DEG Alles für das Dach aus Koblenz belegte den ersten Platz und die NOWEDA aus Essen erreichte den zweiten Platz. In einer groß angelegten Studie analysierte das Nachrichtenmagazin die Qualität deutscher Arbeitgeber mit mehr als 500 Mitarbeitern. Bewertet wurden Führungsverhalten von Vorgesetzten, berufliche Perspektiven, das Gehalt sowie das Image des Unternehmens. Zudem wurde die Weiterempfehlungsbereitschaft der Arbeitnehmer gemessen.

„Dieses Ergebnis zeigt uns, dass sich unsere Mitarbeiter mit der DEG identifizieren und unser Engagement bei ihnen ankommt“, sagte DEG-Vorstandssprecher Volkmar Sangl: „Unsere Mitarbeiter sind unser wichtigstes Gut. Daher hüten wir unsere Beschäftigten wie eine Familie – von der Lehre bis zur Rente.“ Seit 2012 können gewerbliche Mitarbeiter des Dachspezialisten Überstunden oder Einmal-Zahlungen auf einem persönlichen Arbeitszeitkonto ansparen, um früher in Rente gehen zu können. „Die Hälfte unserer Jobs sind gewerbliche Tätigkeiten. Die Fahrer klettern fünfzig- bis sechzig Mal täglich auf ihren Bock. 45 Jahre lang“, so Sangl: „Das schafft kaum einer, bis er 65 Jahre alt ist. Und vom Ruhestand sollen alle noch was haben.“

Außerdem engagiert sich die DEG für ihren Nachwuchs. Das beginnt bereits bei den rund 30 neuen Lehrlingen, die die DEG

jährlich ausbildet: Für alle angehenden Groß- und Außenhandelskaufleute und Fachkräfte für Lagerlogistik organisiert die DEG Nachhilfestunden, wenn es in der Berufsschule hakt. Es gibt extra eine Mitarbeiterin, die sich ausschließlich um die Belange der Azubis kümmert. Und sollte einer der Lehrlinge seine Abschlussprüfung nicht schaffen, darf er noch ein Jahr bei der DEG bleiben.

Die Fürsorge des Unternehmens kommt bei Azubis und Beschäftigten gleichermaßen gut an: Bei der DEG kündigen jährlich weniger als ein Prozent der Mitarbeiter. Neben dem engagierten Miteinander, den flachen Hierarchien und dem großen persönlichen Entscheidungsspielraum punktet die DEG bei ihren Mitarbeitern auch mit attraktiven Karriereoptionen: „Wir haben vor acht Jahren einen Führungskräfte-Nachwuchszirkel gegründet“, sagte Sangl. Aus diesem Pool wählt die DEG ihre Niederlassungs- und Regionalleiter aus.

Auch Joachim Wörtz, Vorstand Finanzen und Personal bei NOWEDA, ist stolz auf die Auszeichnung: „Zufriedene und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der wichtigste Faktor für den unternehmerischen Erfolg.“ Im vergangenen Jahr gründete die NOWEDA eine betriebsinterne Familien-genossenschaft. Sie stellt über den pme Familienservice Informationen und anonyme Beratung in schwierigen Lebenslagen bereit und bietet außerdem die Vermittlung von Dienstleistun-



Foto: NOWEDA

Joachim Wörtz, NOWEDA-Vorstand Finanzen und Personal, freut sich über das positive Ergebnis.

gen, wie Kinderbetreuung, an. Ebenfalls zu den Angeboten für Mitarbeiter zählen rund 600 verschiedene Arbeitszeitmodelle und die NOWEDA Mitarbeitergenossenschaft, die eine Beteiligung am unternehmerischen Erfolg ermöglicht. Diese Zusatzleistungen stehen Mitarbeitern in allen 16 Niederlassungen zu und machen NOWEDA zu einem attraktiven Arbeitgeber in vielen Regionen.

Maler-Einkauf übernimmt Niederlassungen von AkzoNobel

Paderborn. Die Maler-Einkauf Paderborn, genossenschaftlicher Lieferant für das Maler- und Lackiererhandwerk, übernimmt vier Verkaufsniederlassungen der AkzoNobel Deutschland. Das in Amsterdam ansässige Unternehmen, einer der weltweit führenden Hersteller von Farben und Lacken, hat sich im Zuge einer Strategieanpassung von 72 Filialen getrennt. Zu den vier Standorten mit insgesamt 30 Mitarbeitern, die die Paderborner übernehmen, zählt neben Hamm, Soest und Meschede auch der Bielefelder AkzoNobel-Stützpunkt. Mit jetzt zehn Filialen in Ostwestfalen-Lippe und angrenzenden Bereichen verfügt die Maler-Einkauf über das dichteste Vertriebsnetz der Branche in der Region. Rund 30.000 Artikel zählen zum Sortiment der Genossenschaft. Mit ihren 65 Mitarbeitern erwirtschaftete die Genossenschaft im vergangenen Jahr einen Umsatz von rund 14,2 Millionen Euro. Nach dem Erwerb der AkzoNobel-Filialen strebt das Unternehmen nach den Worten von Geschäftsführer Dietmar Meyer für 2014 eine Ausweitung auf rund 21 Millionen Euro an.



Foto: Maler-Einkauf

Die Zentrale der Genossenschaft Maler-Einkauf in Paderborn

Soennecken und Canon arbeiten zusammen

Overath. Die Soennecken geht mit der Canon Deutschland GmbH, einem der führenden Hersteller von Druck- und Kopiersystemen, eine Partnerschaft ein. „Wir pflegen seit Jahren einen intensiven Kontakt mit den für den Fachhandel verantwortlichen Mitarbeitern bei Canon Deutschland“, erklärt Winfried Schneider, Geschäftsfeldleiter Druck und Kopie bei der Soennecken. „In den vergangenen Monaten fand ein spürbarer Strategiewechsel bei Canon statt, und wir konnten in ausgesprochen offenen Gesprächen miteinander Handlungsfelder herausarbeiten, in denen wir gemeinsam zur Zukunftssicherung des Fachhandels beitragen wollen. Die Entscheidung für eine Zusammenarbeit war dann ein logischer Schritt.“ Gemeinsam wollen Soennecken und Canon Deutschland den Fachhandel bei der Optimierung der Prozesse im Handelsgeschäft unterstützen. Ziel ist ein IT-gestützter, vollautomatischer Prozess, der vom Erkennen des Tonerbedarfs beim Kundensystem bis zur Lieferung des passenden Toners zum optimalen Zeitpunkt über das Soennecken-Zentrallager alles abdeckt. Canon Deutschland unterstützt dieses Projekt bereits in der Pilotphase.



Foto: Soennecken eG

Winfried Schneider ist Geschäftsfeldleiter Druck und Kopie bei Soennecken eG.

Anzeige

Bekanntmachung

Liquidation der Schuh- und Rohstoff-Einkauf e.G. Düsseldorf

Die außerordentliche Generalversammlung am 16.12.2013 hat die Auflösung unserer Genossenschaft per 31.12.2013 beschlossen.

Liquidatoren sind die Herren Hans-Georg Büchel und Detlef Schümmer

Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei der Genossenschaft anzumelden.

Wahlen/Wechsel/ Auszeichnungen

Markus Daum ist neues Vorstandsmitglied der Volksbank Mülheim-Kärlich.

Oliver Göbel ist neues Vorstandsmitglied der MEHR Energie.

Bernd Knüsting ist nicht mehr Vorstandsmitglied der Spar- und Darlehnskasse Reken.

Paul Löneke, Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Volksbank in Brakel (Kreis Höxter), ist für die regionale Kulturförderung der Bank von drei Tageszeitungen aus Ostwestfalen-Lippe ausgezeichnet worden. Die Neue Westfälische Bielefeld, die Lip-pische Landeszeitung in Detmold und das Haller Kreisblatt würdigten damit das Engagement der Bank zur Förderung heimischer Künstler. Unter dem Motto „Wir von hier – präsentieren Künstler von hier“ hatte das Institut großen Erfolg mit der Premiere eines eigenen Konzerts im Saal der historischen Abtei Marienmünster.

Dr. Armin Schwarze ist neuer Vertriebsvorstand der Volksbank Dortmund-Nordwest. Er führt die Volksbank gemeinsam mit seinem Vorstandskollegen Stephan Schäffer. Er war zuvor unter anderem in führender Position bei der genossenschaftlichen DZ PRIVATBANK und im Vorstand der Volksbank Bochum Witten tätig.

Holger Georg Schwarz ist neues Vorstandsmitglied der Volksbank Wickede. Der 39-Jährige war zuvor Direktor für institutionelle Kunden bei der KD-Bank, der Dortmunder Bank für Kirche und Diakonie.

Dr. Klaus Schraudner ist seit Jahresbeginn Vorstandsvorsitzender der katholischen Pax-Bank für Kirche und Caritas. Er ist Nachfolger von Vorstandsmitglied Dr. Christoph Berndorff, der in den Ruhestand getreten ist. Schraudner gehört seit 2010 dem Vorstand an. **Hans-Bernd Kloth**, zuletzt Generalbevollmächtigter der Bank, wurde zum neuen Vorstandsmitglied berufen.

Claus-Dieter Toben, GAD-Vorstandsmitglied, wurde zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden ernannt. Gleichzeitig hat der Aufsichtsrat auch die beiden bis-

herigen Generalbevollmächtigten **Martin Beyer** und **Steffen Jentsch** in den Vorstand berufen. Damit besteht die GAD-Spitze seit Januar aus dem Vorstandsvorsitzenden Anno Lederer (Ressort Strategie), seinem Stellvertreter Claus-Dieter Toben (Ressort Produktion) und den Vorstandsmitgliedern Martin Beyer (Ressort Finanzen), Jörg Dreinhöfer (Ressort Produkte) und Steffen Jentsch (Ressort Kunde). Zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden wurde **Jürgen Brinkmann**, Vorstand der Volksbank Osterholz-Scharmbeck.

50-jähriges Dienstjubiläum

Josef Ahmann, Geschäftsführer der Raiffeisen-Warengenossenschaft Hembergen, blickt auf eine 50-jährige Tätigkeit als Geschäftsführer des Unternehmens zurück.

Ruhestand

Dr. Christoph Berndorff, seit 21 Jahren Vorstandsmitglied der Pax-Bank für Kirche und Caritas, ist in den Ruhestand verabschiedet worden.

Karl Cappel, (59) Vorstandsmitglied der VR-Bank Rur-Wurm (vormals Spar- und Darlehnskasse Brachelen), ist nach über 40 Jahren in den Ruhestand getreten.

Rolf Domikowsky, seit 1997 Vorstandsmitglied der Volksbank Münster und seit 2003 ihr Vorstandssprecher, wurde feierlich in den Ruhestand verabschiedet.

Friedrich Wilhelm Porbeck, seit 26 Jahren Vorstandsmitglied bei der Volksbank Wickede, ist in den Ruhestand getreten.

Manfred Wortmann, Vorstandsvorsitzender der Volksbank Hellweg in Soest, der seit 1984 verantwortlich die Kreditgenossenschaft leitete, ist in den Ruhestand getreten.

Es starben

Friedrich Gerke, ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender der Volksbank in Lippstadt, im Alter von 98 Jahren

Hans-Heinrich Knufinke, ehemaliges Aufsichtsratsmitglied der Volksbank Gütersloh, im Alter von 75 Jahren

Bernd Maimann, ehemaliges Aufsichtsratsmitglied der Volksbank Gütersloh, im Alter von 68 Jahren

Geburtstage

75 Jahre

Manfred Möhlmann, ehemaliges Vorstandsmitglied der Volksbank in Bad Oeynhausen

Dr. Gerhard Warnking, ehemaliger Direktor der Westfälischen Genossenschaftsakademie in Münster, dem Vorgängerinstitut der Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsakademie

70 Jahre

Heinz-Hermann Doninger, ehemaliger stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Volksbank Paderborn-Höxter-Detmold

65 Jahre

Werner Ladage, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Volksbank Bad Oeynhausen-Herford

60 Jahre

Ralf Eifert, Vorstandsmitglied der Volksbank Kaunitz

Friedrich Wilhelm Porbeck, ehemaliges Vorstandsmitglied der Volksbank Wickede

Silberne Ehrenmedaille

Udo Sterzenbach, Volksbank Oberberg

Silberne Ehrennadel

Heinrich Melchers, Raiffeisen Emscher-Lippe

Hugo Nienhaus, BBAG Rhedebrügge

Albert Uebbert, VVG Lüdinghausen-Selm

Goldnadel DGRV



Manfred Wortmann (links) freute sich über die Ehrung.

Manfred Wortmann (64), Vorstandsvorsitzender der Volksbank Hellweg mit Sitz in der Stadt Soest, erhielt zum Eintritt in den Ruhestand eine besondere Ehrung: Uwe Fröhlich, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, überreichte Wortmann die Goldene Ehrennadel. Damit würdigen, so Fröhlich in seiner Laudatio, Wortmanns große Verdienste um die Volksbank Hellweg und die genossenschaftliche Organisation gewürdigt. Wortmann leitete die Bank seit 1984.

Goldnadel RWGV



Hohe Ehre für Rolf Domikowsky

Rolf Domikowsky (65), Vorstandssprecher der Volksbank Münster, wurde zum altersbedingten Abschied aus dem Amt für seine besonderen Verdienste mit der Ehrennadel in Gold des Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverbandes ausgezeichnet. Die Ehrung erfolgte im Rahmen einer Feierstunde und wurde vom WGZ-Vorstandsvorsitzenden Hans-Bernd Wolberg vorgenommen. Rolf Domikowsky gehörte dem Vorstand der Volksbank Münster seit Juli 1997 an. Seit Oktober 2003 amtiert er als Vorstandssprecher.

Anton Füchtling (62), Aufsichtsratsmitglied der Raiffeisen Ascheberg, wurde mit einer hohen Auszeichnung aus dem Ehrenamt verabschiedet: Johann Prümers vom Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverbandes zeichnete ihn unter dem Beifall der Mitglieder mit der Ehrennadel in Gold des Verbandes aus. 36 Jahre lang hatte der Ascheberger die Geschicke der Genossenschaft überwacht. „Wir danken Ihnen herzlich für Ihr Engagement und Ihre großen Verdienste“, betonte Prümers. Dieser habe an zahlreichen zukunftsweisenden Entscheidungen, wie dem Neubau des Standortes in Ascheberg, maßgeblich mitgewirkt.



Die RWGV-Goldnadel erhielten Anton Füchtling ...



... und Hermann Vornholt.

Die Goldnadel RWGV erhielt außerdem **Hermann Vornholt** (66), Vorstandsvorsitzender der Raiffeisen. Er ist nach 36 Jahren im Ehrenamt ausgeschieden. Seit 1976 war der Ascheberger zuerst im Vorstand der damaligen Bezugs- und Absatzgenossenschaft und ab 1987 dann Vorstandsvorsitzender der heutigen Genossenschaft.

Herausgeber:
Rheinisch-Westfälischer
Genossenschaftsverband e.V. (RWGV)
Mecklenbecker Str. 235-239
48163 Münster

Redaktion:
Julia Böing, Sabine Bömmer,
Christian Fährdrich, Asmus Schütt
Telefon: 0251 7186-1021
Fax: 0251 7186-1029
E-Mail: presse@rwgv.de

Titelbild:
Rainer Stephan

Aus den Regionen:
Pressebüro Süd
Julia Böing
Telefon: 0251 7186-1027
julia.boeing@rwgv.de

Pressebüro Rhein-Ruhr
Ralf Bröker
Telefon: 0251 7186-1063
ralf.broeker@rwgv.de

Pressebüro Münsterland
Hans-Peter Leimbach
Telefon: 0251 7186-1025
hans-peter.leimbach@rwgv.de

Pressebüro für Südwestfalen und
östliches Rheinland
Klaus Schliek
Telefon: 02354 904004
klaus.schliek@rwgv.de

Pressebüro Ostwestfalen-Hellweg
Rainer Stephan
Telefon: 05242 908940
rainer.stephan@rwgv.de

Anzeigenverwaltung:
geno kom Werbeagentur GmbH
Mecklenbecker Straße 229
48163 Münster
Telefon: 0251 53001-21
Fax: 0251 53001-67

Gestaltung:
geno kom Werbeagentur GmbH
Mecklenbecker Straße 229
48163 Münster

Druck:
Landwirtschaftsverlag GmbH, Münster

Bei verspätetem Erscheinen oder Nichterscheinen infolge höherer Gewalt entfallen alle Ansprüche. Für nicht angeforderte Manuskripte, Bilder und Bücher wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck von Beiträgen nur mit Quellenangabe und nur mit Zustimmung der Redaktion. Namensartikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Beilagenhinweis:
Raiffeisenmagazin
Perspektive Praxis

Erscheinungsdatum der nächsten Ausgabe:
Mai 2014

ISSN 1612-474X

Eine Majestät, die anpackt

Christina Lenfers ist neue Milchkönigin des Deutschen Milchkontors



Foto: DMK

Christina Lenfers ist die neue Botschafterin des Deutschen Milchkontors.

Everswinkel. „Ich hab’ es erst gar nicht geglaubt und meine Familie auch nicht. Aber ich bin es wirklich. Ich bin Milchkönigin! Danke, liebe Landwirte für euer Vertrauen.“ Christina Lenfers strahlt und freut sich auf die neue Aufgabe. Ein Jahr lang ist sie die Repräsentantin des Deutschen Milchkontors (DMK). Gewählt wurde sie von den DMK Milcherzeugern. Rund 10.000 Mitgliedsbetriebe aus den Bundesländern Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Hessen liefern ihre Milch an ihre Genossenschaft, die aus dem Zusammenschluss von Nordmilch eG, Humana Milchunion eG und der Molkereigenossenschaft Bad Bibra eG entstanden ist.

Landwirtschaft ist Christinas Leidenschaft. Sie liebt das Land und ist eine überzeugende Botschafterin für einzigartig

gute Milchprodukte. Die 21-jährige Studentin des Wirtschaftsingenieurwesens für Agri- und Hortibusiness in Osnabrück sieht sich als „Mädel vom Land“. Der elterliche Hof steht in Senden im Münsterland. Die Familie betreut 170 Milchkühe. Gearbeitet wird nur mit eigener Nachzucht. Kontinuierliches und gesundes Wachstum ist garantiert.

Christina schaut nicht zu, wenn Arbeit ruft: „Es ist doch selbstverständlich, dass ich helfe. Meine Eltern stehen in aller Frühe auf und ich bleibe liegen, das geht ja gar nicht.“ Nicht nur am Melkstand ist sie aktiv. „Trecker fahren, das ist Klasse. Und immer noch gibt es Männer, die staunen, dass da eine Frau am Steuer ist“, sagt die neue Milchkönigin.

Botschafterin für Milch

Als überzeugte und motivierte Botschafterin für den Rohstoff Milch ist es Christina Lenfers besonders wichtig, das Thema gesunde Ernährung präserter zu machen: „Ich möchte den Verbrauchern den wertvollen Rohstoff Milch näher bringen und eine gesunde Ernährung in den Mittelpunkt stellen.“ Die neue DMK-Majestät freut sich auf die Aufgabe, von der sie nur eine kleine Auszeit genommen hat: Im Februar ging es für eine paar Tage nach Brasilien – ein Bestandteil ihres Studienganges, um sich hautnah über die Agrarwirtschaft in dem südamerikanischen Land zu informieren. Doch vor Beginn ihrer Studienreise stand ihr erster offizieller Königinnen-Termin an: Ein Besuch der Internationalen Grünen Woche in Berlin. Dort sprach sie mit Politikern und Verbandsvertretern und erhielt viel Unterstützung für ihr Engagement.



Foto: DMK

Auf der Grünen Woche präsentierte die Milchkönigin (rechts) zusammen mit Meisterkoch Markus Haxter und der Moderatorin Milchprodukte vom DMK.



„EMSA steht für einzigartige Produkte made in Germany – die WGZ BANK für vielfältige Finanzierungslösungen.“

Günter Nosthoff
Geschäftsführer EMSA GmbH



MADE
BY
MITTELSTAND.

Es ist Zeit, Danke zu sagen!
deutschland-made-by-mittelstand.de

INITIATIVBANKING FÜR DEN MITTELSTAND

Mit einem Schmetterling als Tropfenfänger fing alles an – heute gehört das mittelständische Familienunternehmen EMSA zu den führenden Herstellern von Haushalts- und Gartenartikeln. Innovationen und Nachhaltigkeit stehen im Mittelpunkt der EMSA-Philosophie und bestimmen die

gesamte Wertschöpfungskette. Dabei spielt auch der Standort Deutschland eine wichtige Rolle. „Das kontinuierliche Wachstum in den vergangenen Jahren und die marktorientierte Neuaufstellung von EMSA wurde nicht zuletzt durch die sehr vertrauensvolle und kompetente Zusammenarbeit mit der

WGZ BANK und der VR-Bank Kreis Steinfurt ermöglicht“, betont Günter Nosthoff, Geschäftsführer der EMSA GmbH.

WGZ BANK – die Initiativbank für den Mittelstand: **0211/778-2112**
initiativbanking@wgzbank.de



Warum verschwinden die Socken in der Waschmaschine?

**Wir können nicht alles erklären, aber wie Ihre
Kunden mit Investmentfonds mehr aus Ihrem Geld
machen können, schon**

 **Union
Investment**

Wir möchten Investmentfonds zu einer ganz selbstverständlichen Geldanlage machen, indem wir Anlegern erklären, wie sie Geld ansparen, anlegen und für ihre Zukunft vorsorgen können. Dabei ist unser Anspruch, das Thema Geldanlage so klar und verständlich wie möglich zu machen. Dazu möchten wir Ihnen Materialien an die Hand geben, mit denen Sie Ihren Kunden noch besser erklären können, wie unkompliziert es ist, Anlagechancen zu nutzen.



Geld anlegen klargemacht

Am besten gleich mal reinschauen bei www.geld-anlegen-klargemacht.de
oder in UnionOnline



**Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken**

Weitere Informationen, die Verkaufsprospekte und die wesentlichen Anlegerinformationen erhalten Sie kostenlos in deutscher Sprache beim Kundenservice der Union Investment Service Bank AG, Wiesenhüttenstraße 10, 60329 Frankfurt am Main, unter www.union-investment.de oder telefonisch unter 069 58998-5200. Stand: 1. Januar 2014.

Einfach QR-Code scannen und auf unserer Internetseite informieren.

